

Ohne Worte

VON MANFRED MAURER

Neubauer zur Null-
Lösung-Forderung

(Seite 2)

Das wollen die
Sudetendeutschen

(Seite 3)

Tribüne der
Meinungen

(Seite 9)

Prag: Verhandlungen über „Schlußstrich“ sind abgeschlossen

Die Verhandlungen über die deutsch-tschechische Erklärung zur Vergangenheitsbewältigung sind nach Einschätzung der tschechischen Regierung als abgeschlossen zu betrachten. „Wir haben das Gefühl, der Text ist fertig“, sagte der tschechische Außenminister Josef Zieleniec Anfang Oktober in einem Interview gegenüber der „Frankfurter Rundschau“. Der tschechischen Regierung sei nicht bekannt, in welchen Punkten nach Ansicht von Bonner Politikern noch Erläuterungsbedarf bestehe. Es gehe wohl eher um eine innerdeutsche Diskussion, da einige deutsche Politiker früher gemachte Äußerungen in Übereinstimmung mit der Deklaration bringen müßten, sagte Zieleniec dem Blatt zufolge.

Die tschechische Regierung betrachte Äußerungen von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und des deutschen Außenministers Klaus Kinkel (F.D.P.), die beide – wie in der letzten „Sudetenspost“ ausführlich berichtet – eine Unterzeichnung bis zum Jahresende zugesichert hätten, als eine „sehr starke Verpflichtung“, betonte Zieleniec.

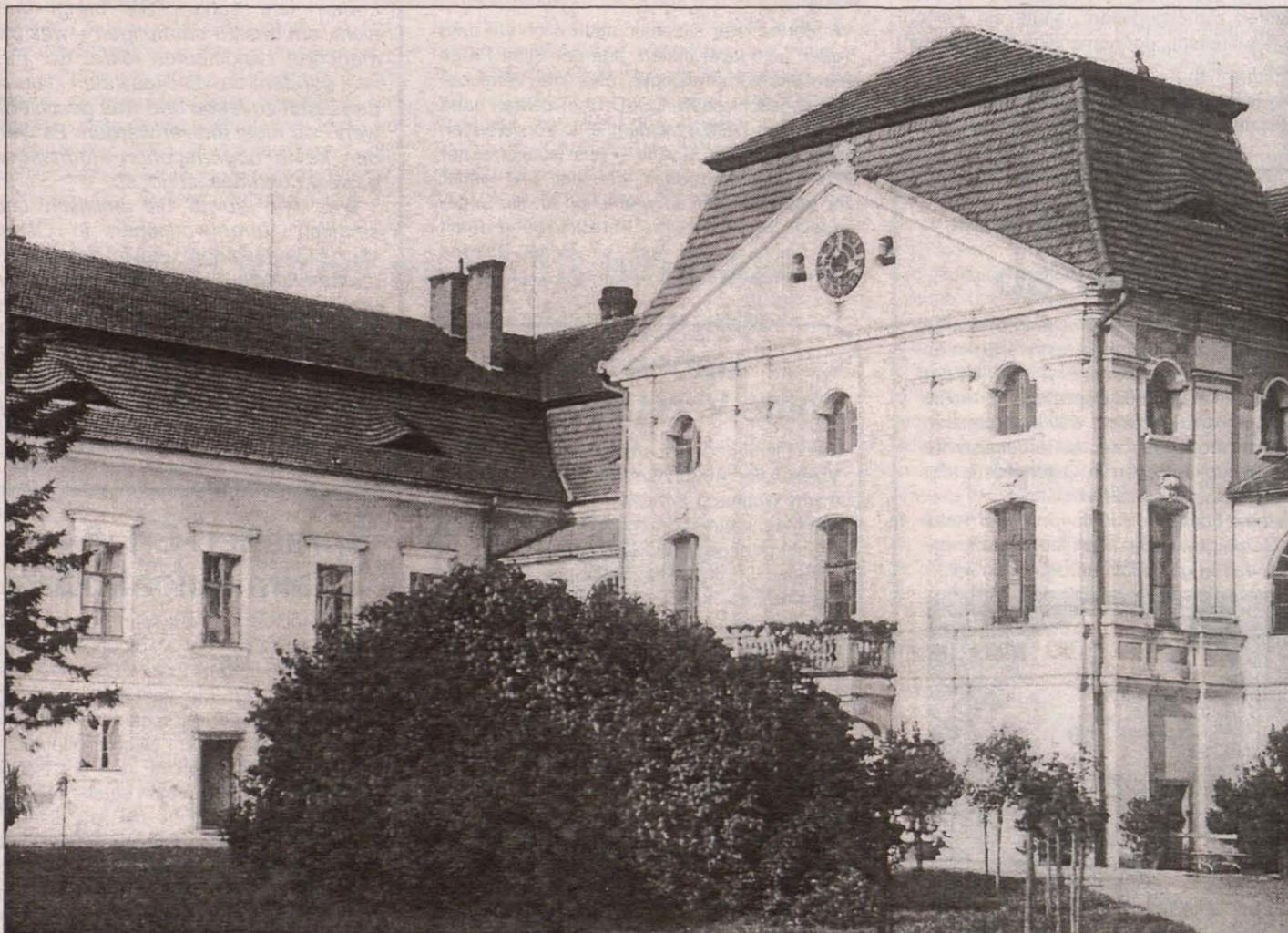
In der Erklärung wollen beide Seiten gemeinsam zu den von Deutschen an Tschechen in der NS-Zeit begangenen Verbrechen, aber auch zur Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Krieg Stellung nehmen. Die Verhandlungen hatten sich wiederholt verzögert, nachdem vor allem CSU-Politiker und Sprecher der Sudetendeutschen Vorbehalte geäußert hatten. Ziele-

niec räumte zwar in dem Interview erneut ein, daß die „Zwangsaussiedlung“ der Sudetendeutschen viel Leid für diese Menschen gebracht habe. Allerdings wiederholte er auch die tschechische Position, wonach „die Ursachen für die Apokalypse, die uns alle traf“, vor allem in der deutschen Geschichte zu suchen seien.

Bonner Außenamt: Nur noch Details zu klären

Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes in Bonn erklärte dazu, es bestehe noch Gesprächsbedarf in zwei bis drei kleineren Detailpunkten der Erklärung. Ein Termin für die Gespräche sei ins Auge gefaßt.

Das Bild der Heimat



Stadt und Schloß Odrau haben eine bewegte Geschichte. Für 1242 ist eine Burganlage, eine Gründung der Herren von Sternberg, nachweisbar, an deren Stelle von den Freiherren von Lichnowsky um 1740 ein Schloß im Barockstil errichtet wurde. 1964 fiel dieses Schloß einem Großfeuer zum Opfer; die ausgebrannten Mauern mußten 1966 gesprengt werden. Der Ort wurde im 14. Jahrhundert zur Stadt erhoben. Der Name Odrau ist erst seit Beginn des 17. Jahrhunderts gebräuchlich.

DIE „SUDENTENPOST“ HAT – wie in der letzten Ausgabe berichtet – alle fünf österreichischen Parlamentsparteien eingeladen, anlässlich der EU-Wahlen am 13. Oktober jeweils einen ihrer Kandidaten fürs europäische Parlament eine Stellungnahme zur sudetendeutschen Frage abgeben zu lassen. Das Ergebnis war ernüchternd: Nur zwei Kandidaten – Karl Habsburg für die ÖVP und Franz Linser für die FPÖ – fanden ein paar mehr oder weniger deutliche Worte zu dem Thema, das ja eine durchaus europäische Dimension hat. Es war daher nicht an den Haaren herbeigezogen, die österreichischen EU-Abgeordneten in spe um ihre Meinung zu dieser Frage zu bitten. Schließlich könnten diese Abgeordneten in die Situation kommen, einmal in Straßburg zum EU-Beitritt der Tschechischen Republik Ja oder Nein sagen zu müssen. Es ist nämlich eines der wichtigsten Rechte des Europaparlamentes, den Beitritt eines neuen EU-Mitgliedes zu sanktionieren oder eben auch nicht.

DA HÄTTE MAN als Sudetendeutscher natürlich gern gewußt, wie es denn die österreichischen Europaabgeordneten im Fall des Falles zu halten gedenken. Den Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen war das Thema aber keine Aussage wert.

EINE STELLUNGNAHME HABEN sie aber trotzdem abgegeben: Sozusagen ohne Worte haben diese drei Parteien zum Ausdruck gebracht, daß ihnen die Sudetendeutschen völlig wurscht sind. Nicht einmal mehr als „Stimmvieh“, das man mit leeren Wahlversprechen umgarnt, sind sie ihnen gut genug. Grüne und Liberale sehen möglicherweise in den Sudetendeutschen für sich kein allzu-großes Stimmenpotential. Die Grünen haben es ja im Wiener Wahlkampf auch ganz klar zum Ausdruck gebracht: „Wir sind nicht für alle da!“ Aber die SPÖ als eine Volkspartei mit dem Anspruch, für alle Bürger da sein zu wollen, sollte es sich nicht erlauben dürfen, 160.000 Österreicher sudetendeutscher Abstammung, 160.000 Wähler durch arrogante Ignoranz vor den Kopf zu stoßen. Jene Partei, deren einstiger Vorsitzender Bruno Kreisky einem Journalisten einmal den Spruch „Lernen's Geschichte, Herr Redakteur!“ entgegengeschleudert hatte, scheint selbst die österreichische Geschichte nicht zu kennen oder zu verleugnen. Österreich hätte nämlich einen noch viel engeren – nämlich historischen – Bezug zu den Sudetendeutschen als etwa der Schirmherr Bayern. Österreich könnte sich mit demselben Anspruch, mit dem es sich zur Schutzmacht der Südtiroler gemacht hatte, auch als Schutzmacht der Sudetendeutschen engagieren. Auch wenn die große Mehrheit der Vertriebenen ihr neues Zuhause in Deutschland gefunden hat, sind sie doch genaugenommen Altösterreicher. Doch welcher Österreicher hat diese Geschichte schon so gelernt? Und wen wundert es angesichts der Ignoranz eines wesentlichen Teiles des politischen Spektrums, daß das Bekenntnis zu den Sudetendeutschen in Österreich noch schwächer ausgeprägt ist als anderswo?

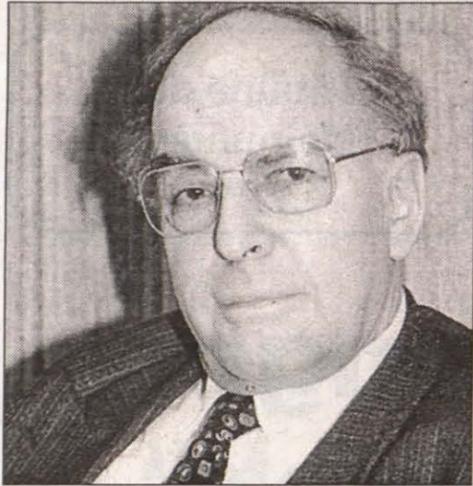
FRANZ NEUBAUER ZUR „NULL-LÖSUNG“-FORDERUNG Spielraum für gemeinsame Erklärung jetzt extrem gering

Vor wenigen Tagen erklärte der Vorsitzende der tschechischen Sozialdemokraten, Milos Zeman, seine Partei werde „auf keinen Fall die tschechisch-deutsche Erklärung im Parlament unterstützen, wenn sie sudetendeutsche Forderungen beinhaltet“. Dies sei „eine absolut klare und ernsthafte Erklärung“. Hierzu erklärt der Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe, Franz Neubauer:

Die Sudetendeutschen verlassen sich fest auf die Zusage der Bundesregierung, daß sich in der geplanten Erklärung beide Seiten wiederfinden werden. Da es aber ohne die tschechischen Sozialdemokraten im Prager Parlament keine Mehrheit gibt, ist mit der Festlegung der CSSD auf eine „Nulllösung“ für die Sudetendeutschen nun der Spielraum für die Verabschiedung der Erklärung extrem gering geworden.

Deutsche Oppositionspolitiker haben erklärt, in dem Textentwurf komme eine „sensationelle Bewegung“ der tschechischen Seite zum Ausdruck (Antje Vollmer) bzw. er „könne gar nicht mehr verbessert werden“ (Günter Verheugen).

Wenn dem wirklich so wäre, wäre ein Scheitern des Textes im tschechischen Parlament vorpro-



Neubauer: Wir sind Kohl dankbar

grammiert. Falls der Text aber einseitig sudetendeutsche Anliegen ignoriert, wäre er natürlich in Prag durchsetzbar, allerdings gäbe es dann für die deutsche Seite keinen Grund mehr, das Papier zu verabschieden.

Der Bundeskanzler hat bei seiner Erklärung im Bundestag vor wenigen Wochen auch darauf hingewiesen, daß der Text der Erklärung noch nicht fertig sei. Wir sind ihm dankbar dafür, daß damit eine verbindliche Festlegung vermieden worden ist und auf neue Entwicklungen reagiert werden kann.

Wir Sudetendeutsche werben weiterhin für die positive Alternative zum Erklärungsprojekt: Wir werben für eine Politik der kleinen Schritte, die das heute bereits Mögliche verwirklicht und im übrigen den notwendigen Entwicklungen in der Tschechischen Republik ausreichend Zeit läßt. Die rundum positive Entscheidung zur Ausweitung des Jugend-Austausches Anfang September dieses Jahres hat gezeigt, daß dieser Weg gangbar ist.

Klaus lehnte Schlußstrich-Entwurf als zu entgegenkommend ab

Auch eine mehr als dreistündige Beratung der Prager Führung über die geplante deutsch-tschechische „Schlußstricherklärung“ hat das Rätselforum über den Inhalt des Dokuments nicht beendet. Wie Präsident Václav Havel nach dem Treffen mit den Chefs der vier führenden Parlamentsparteien sowie Außenminister Josef Zieleniec am Abend des 10. September in Prag mitteilte, machten sich die Teilnehmer mit dem letzten Entwurf der bisher auf Beamtenebene ausgehandelten Vereinbarung bekannt.

Einstimmig hätten die Politiker, darunter Regierungschef Václav Klaus und der Vorsitzende der oppositionellen Sozialdemokraten (CSSD), Milos Zeman, die historische Bedeutung der Erklärung gewürdigt, sagte Havel. Tags darauf berichtete die tschechische Presse allerdings anderes: Die wichtigsten politischen Kräfte lehnen den Entwurf der Außenministerien in Prag und Bonn ab. Dies geht aus den Berichten der tschechischen Presse zum Spitzentreffen der Prager Führung am Vortag hervor. Bei dem

Gespräch zwischen Präsident Václav Havel und den Chefs der vier führenden Parlamentsparteien auf der Prager Burg sollte ursprünglich endgültig „grünes Licht“ von tschechischer Seite zu der Erklärung gegeben werden. Statt dessen kam es bei dem Gespräch zu heftigen Streitigkeiten, berichteten Prager Zeitungen. Über die Ergebnisse des Treffens hatte Havel nur eine allgemeine, wenig aussagefähige Erklärung verlesen. Journalisten durften keine Fragen stellen.

Nach Angaben der liberalen Tageszeitung „Mlada fronta Dnes“ beauftragten die Teilnehmer Außenminister Zieleniec, über den Inhalt der Erklärung mit der deutschen Seite weiter zu verhandeln. Alle vier Parteichefs hätten gegen den Entwurf Einwände erhoben. „Der Text ist noch nicht reif, deshalb hat man ihn an Minister Zieleniec zurückgegeben“, sagte ein Teilnehmer des Treffens, der namentlich nicht genannt werden wollte.

Die linksgerichtete Tageszeitung „Pravo“ berichtet unter Berufung auf eine regierungsnah-

Quelle, Klaus soll während des Treffens mehrmals aufgestanden sein und mit dem Verlassen der Sitzung gedroht haben. Er soll Havel, Lux und Kalvoda einen „zu entgegenkommenden Standpunkt“ gegenüber Deutschland vorgeworfen haben. Der Inhalt der „Schlußstrich-Erklärung“, die sich auch mit der Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg befassen soll, wird vor der tschechischen Öffentlichkeit streng geheimgehalten. Die heimischen Medien versuchen immer wieder herauszufinden, ob das Dokument das Wort „Vertreibung“ (tschechisch „Vyhnaní“) oder den in Tschechien benutzten Begriff „Abschiebung“ (tschechisch „Odsun“) enthalten wird. Unter den Journalisten kursierten in den letzten Tagen vermehrt Informationen, daß in dem Dokument von einer „Zwangsausiedlung“ gesprochen werde.

Außenminister Zieleniec hatte noch vor dem Treffen bei Havel erklärt, aus der Sicht Prags seien die Verhandlungen über die Vereinbarung abgeschlossen. CSSD-Chef Zeman hatte nach einem Treffen mit dem SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine positiv – aus tschechischer Sicht! – hervorgehoben, daß der Text weder eine doppelte Staatsbürgerschaft für die Sudetendeutschen, noch ihre Entschädigung durch Prag beinhalte und auch die Beneš-Dekrete nicht in Frage stelle.

Gedanken des Bundesobmannes

Die Aussagen von zwei aktiven, im politischen und gesellschaftlichen Leben stehenden Persönlichkeiten, die völlig verschiedenen Richtungen angehören, sollten auch von uns berücksichtigt werden.

Eine Aussage lautet sinngemäß: „Wer sich oft den Kopf anstößt, wird ihn dann automatisch einziehen.“ Wir wissen dies aus unserer Erfahrung nur zu gut. So manchen Landsleuten ist dies passiert, als uns noch ein rauher Wind ins Gesicht blies.

Fast jeder, der unsere Interessen und Anliegen in der Öffentlichkeit vertrat, kam zu einer nicht unerheblichen Zahl von Beulen. Die Folge war, daß so manche Landsleute daher den Kopf automatisch einzogen, ihre Meinung nicht mehr so öffentlich vertraten, sondern nur mehr in unseren Gruppen und im persönlichen Kreis. Sie gaben ihre und unsere Identität und unsere Anliegen in der Öffentlichkeit nicht mehr bekannt. Verständlich, aber nicht gut für uns. Jenen, die den Kopf – trotz zu erwartender Beulen – weiter oben behielten, die Flagge zeigten, wie man sagt und denen der Wind daher schärfer ins Gesicht blies, ist es zu danken, daß die Sudetendeutschen noch immer ein Faktor im politischen und öffentlichen Leben sind.

Heute kommen die Schläge nicht mehr so oft direkt auf den Kopf, die Situation hat sich geändert. Es wäre daher für uns bedeutend besser, wenn unsere Landsleute – je prominenter, desto besser – den Kopf oben behalten würden, was natürlich auch für das Rückgrat besser wäre.

Die zweite Aussage lautet: „Wer die Hoffnung aufgibt, bewegt sich nicht mehr“ (persönliche Ergänzung: „... und bewegt auch nichts mehr“). Dazu ist zu sagen, daß durch viele Enttäuschungen und bittere Erfahrungen die Hoffnung auf bessere und gerechtere Zustände natürlich sinkt. Darauf hofft die Gegenseite.

Die „Sudetendpost“ bringt viele Situationsberichte aus dem politischen Leben sehr scharf. Sie bringt dies nicht, um uns zu entmutigen – was bei manchen Landsleuten leider der Fall ist – sondern um die Realitäten klar auf den Tisch zu legen und was geschieht, wenn wir nicht aktiver werden. Es werden keine übertriebenen Hoffnungen geweckt und das ist gut so.

Was wir, sowie die politisch und staatlich Verantwortlichen in Österreich, Deutschland und in der EU erreichen können, liegt daher speziell an uns, wie wir uns bewegen, um etwas zu bewegen. Hoffnung ist eine Triebfeder, aber kein Abwarten. Man muß sich selbst bewegen, um etwas bewegen zu können, sonst ist jede Hoffnung vergebens.

Ihr Bundesobmann
Karsten Eder

So wimmelte Kinkel in Wien SL-Bundesobmann Eder ab

Den „Tag der Deutschen Einheit“ feierte Außenminister Klaus Kinkel heuer in Wien. Das wäre doch eine gute Gelegenheit, mit dem Mann ein persönliches Gespräch zu führen, der gerade mit den Tschechen die „Schlußstricherklärung“ ausverhandeln läßt, dachte sich Karsten Eder. Und so ging der Bundesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich am 3. Oktober zum Empfang des deutschen Gastes ins Wiener Palais Schwarzenberg.

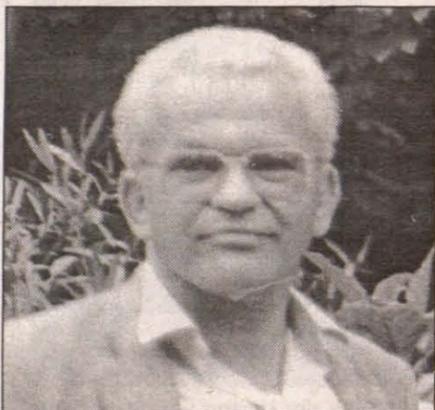
Tatsächlich kam Eder auch an den Außenminister heran. Gleich zu Beginn des Empfanges stellte er sich dem Mann aus Bonn vor und ersuchte um ein Gespräch. Kinkel schien auch nichts dagegen zu haben, bat nur um etwas Geduld.

Etwas später nahm Eder den zweiten Anlauf. Am Buffet: Kinkel erklärte noch einmal seine Bereitschaft zu einem Gespräch mit dem obersten Sudetendeutschen in Österreich. Nur: „Erst muß ich was trinken“, sagte Kinkel und Eder hatte Verständnis dafür. Der Empfang zog sich dahin und Kinkel redete mit allen möglichen Leuten. Nur auf den Wortwechsel mit Karsten Eder vergaß er.

Freundlich, wie man in Wien nun einmal ist, versuchte es der Bundesobmann halt

noch ein drittes Mal: Am Ausgang erwischte er Kinkel gerade noch und erinnerte ihn an das zugesagte Gespräch. Erst jetzt ließ der Minister die Katze aus dem Sack: Er wollte gar nicht mit Eder reden, weil er ja ohnehin mit dem Neubauer rede. Außerdem sei für die Sudetendeutschen in Österreich ja der Außenminister Schüssel zuständig.

Karsten Eder zur „Sudetendpost“: „Ich hatte das Gefühl, das Thema ist ihm so unangenehm, daß er gar nicht darüber reden will.“



Bundesobmann Eder: Dreimal von Kinkel abgewimmelt.

Haben Sie bitte Verständnis...

Im folgenden das Antwortschreiben von Vizekanzler Außenminister und ÖVP-Obmann Wolfgang Schüssel auf einen Brief von Mag. Wilfried Katzwendel:

Sehr geehrter Herr Mag. Katzwendel!

Vielen Dank für Ihr Schreiben, in dem Sie das Schicksal Ihrer Familie am Ende des Zweiten Weltkrieges schildern. Ich habe großes Verständnis für Ihre persönlichen Gefühle, glaube jedoch nicht, daß es zielführend ist, diese schrecklichen Ereignisse als Argument für heutige Politik zu betrachten. Wir alle haben gar keine Möglichkeit mehr, dieses unendliche Leid der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit ungeschehen zu machen. Haben Sie bitte Verständnis dafür, daß ich meine ganze Aufmerksamkeit auf die Zukunft lenke. Und das ist für mich ein friedliches, integriertes Europa die einzige Garantie, daß wir und die kommende Generation ohne Unrecht und Leid in Freiheit leben können.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen.

Dr. Wolfgang Schüssel, Vizekanzler

Sprachen-Erlaß von Znaim aufgehoben

Der tschechische Verfassungsgerichtshof in Brünn hat den Erlaß der Stadtbehörden im süd-mährischen liegenden Znaim (Znojmo) aufgehoben, demzufolge die Verwendung ausländischer Sprachen auf verschiedenen Informationstafeln begrenzt war. Nach Angaben des Richters Vladimir Klokočka, den die tschechische Tageszeitung „Pravo“ in einer ihrer Ausgaben kürzlich zitierte, habe die Anordnung der Znaimer Behörden den Rahmen überschritten, in dem Städte Verordnungen erlassen können.

Die umstrittene Regelung legte fest, daß alle Firmenaufschriften in Znaim grundsätzlich in tschechischer Sprache ausgeführt werden müssen. Auf den Tafeln konnte auch eine weitere Sprache verwendet werden, allerdings erst unter der tschechischen Fassung und in nur halb so großen Buchstaben.

Das wollen die Sudetendeutschen in Österreich

Vizekanzler Außenminister Wolfgang Schüssel traf am Mittwoch, 16. Oktober, im südmährischen Feldsberg (Valtice) seinen tschechischen Amtskollegen Zieleniec. Dabei sollte es unter anderem auch um die Anliegen der Sudetendeutschen in Österreich gehen. Damit Schüssel auch wirklich genau weiß, was seine sudetendeutschen Landsleute überhaupt wollen, hat der Bundesobmann der Sudetendeutschen in Österreich, Karsten Eder, im Außenamt kürzlich die entsprechenden Unterlagen deponiert. Im folgenden lesen sie diese Dokumentation der sudetendeutschen Anliegen:

Die beiliegend dokumentierten Anliegen wollen wir noch durch die folgenden Punkte ergänzen. Wir sind der Meinung, daß nur durch einvernehmliche Lösungen zwischen den Betroffenen und deren Regierungen Probleme wirklich gelöst werden können.

Dazu ist es notwendig, die Betroffenen bzw. deren gewählte Repräsentanten in die Gespräche und die Vorbereitungen einzubinden, wie uns dies Außenminister Dr. Schüssel am 8. Mai 1996 persönlich zusagte. Bis heute kam es leider noch nicht dazu.

Eine „Schlußstrich-Erklärung“, um die sich Bonn und Prag noch immer bemühen, ist bei einer Nichteinbindung der Betroffenen für diese weder bindend, noch akzeptabel.

Für die SLÖ, deren Staatsbürger nur durch die österreichische Regierung vertreten werden können, kann die Erklärung lediglich ein Zeichen sein, wie gut oder wie schlecht Regierungen heute imstande sind, offene Fragen zufriedenstellend zu klären.

Für unsere heimatverbliebenen Landsleute in der CR, denen die Rechte noch immer genauso vorenthalten werden wie ihren heimatvertriebenen Landsleuten, könnte die Erklärung wenigstens ein Lichtblick sein.

Wir setzen als österreichische Staatsbürger unser Vertrauen in unsere Regierung und deren Mitglieder, denn die Sudetendeutschen waren bis auf sieben Jahre – die unsere Situation nur verschlechtert hatten – Österreicher und haben stets unseren vollen Einsatz für diese unsere Heimat erbracht.

○ Pohrlitz / Pohorlice

Um ein Gräberfeld in Pohrlitz mit 890 Opfern des Brünner Todesmarsches 1945 gibt es wieder Probleme.

Dieses bekannte Massengrab wird von tschechischer Seite, trotz dieses Umstandes, wieder als landwirtschaftliche Fläche genützt, was die Angehörigen der Toten mehr als beleidigt.

Vielleicht will man damit die Überführung der Überreste nach Österreich erzwingen. Dies wird von der BRUNA, dem Heimatverband der Brünner, sowohl in Österreich, als auch in Deutschland abgelehnt.

Es sollte dieses eine Massengrab als solches kenntlich gemacht und entsprechend ausgestaltet werden. Laut deutsch-tschechischem Vertrag über gute Nachbarschaft und freundliche Zusammenarbeit, § 30, stehen derartige Gräber unter dem Schutz der Gesetze. Da es kaum möglich ist und makaber wäre, die Opfer heute in deutsche und österreichische Staatsbürger zu trennen und verschieden zu behandeln, sollte auch Österreich eine verbindliche Regelung, wie im oben genannten Vertrag, erreichen. Auf eine Einhaltung müßte nötigenfalls gedrungen werden. Eine Überführung der sterblichen Überreste würde außerdem das politische und menschliche Klima verschlechtern. Wenn nämlich als Todesursache Erschöpfung oder Krankheit angegeben wurden, sprechen zertrümmerte Schädeldecken und Einschußlöcher eine andere Sprache.

○ Vertrag zwischen der Republik Österreich und der CSSR 451/75

Wir ersuchen dringend, den oben genannten Vertrag keinesfalls in der vorliegenden Form als weitgeltend mit der CR zu bestätigen, da er das Interventionsrecht Österreichs für einen Teil seiner heutigen Staatsbürger beeinträchtigt.

Wie Außenminister Dr. Wolfgang Schüssel in seinem Schreiben vom 31. Juli 1996, GZ 35.33.01/2-IV.3/96 der Zentralberatungsstelle der Volksdeutschen mitteilt, gibt es seitens der tschechischen Seite eine andere Auslegung als von österreichischer Seite.

Wir bitten, hier zu einer einvernehmlichen und klaren Regelung zu kommen.

○ Straffreistellungsgesetz v. 8. 5. 1946 („Amnestiegesetz“)

Das Gesetz über die Rechtmäßigkeit von Handlungen, die mit dem Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zusammenhängen, stellt neben den ebenfalls noch in Kraft befindlichen Beneš-Dekreten, die neben uns auch noch andere Ethnien betreffen, das größte Hindernis zur Vergangenheitsbereinigung und damit für einen positiven Weg in die Zukunft dar.

Zu § 1 muß erwähnt werden, daß ab dem 8. 5. 1945 die Freiheit der CSR wiederhergestellt war. Die „ethnischen Säuberungen“, die weit über den 28. Oktober 1945 andauerten, das heißt, bereits während der wiedergewonnenen „Freiheit“ vorgenommen wurden, sollten nicht straffrei bleiben.

Die tschechische Schutzbehauptung, daß Verurteilungen von Straftätern vorgenommen wurden, ist irreführend. Die Einzelfälle von Verurteilungen erfolgten nicht wegen der begangenen Verbrechen, sondern wegen anderer Delikte.

Beispielsweise wurde der tschechische Kommandant des Konzentrationslagers Theresienstadt nicht wegen der grausamen Ermordung und Mißhandlung der internierten Sudetendeutschen und Deutschen verurteilt, sondern weil er für bereits getötete Personen Verpflegungsgeld für sich einstreifte und dem tschechischen Staat abgenommene Wertgegenstände und Zahngold nicht abliefern.

Oberstleutnant Karel Pazur wurde nur vordergründig für Straftaten in Mähren und der Slowakei verurteilt. Er war nämlich Mitglied der Hlinka-Garden und anderer faschistischer Organisationen, was der eigentliche Grund der Verurteilung war. So mancher Kollaborateur bzw. Mitarbeiter des SD oder anderer deutscher Organisationen zählte plötzlich zu den grausamsten Verfolgern der Deutschen, um seine eigene vorherige Tätigkeit zu verdecken.

Es ist unverständlich, warum das „Amnestiegesetz“, das eigentlich auch tschechischen Demokraten ein Dorn im Auge sein sollte, noch immer existent ist.

Vielleicht liegt es daran, daß man sich heute mit den damaligen Exzessen nicht ehrlich auseinandersetzen will.

○ Beneš-Dekrete

Bei den Beneš-Dekreten handelt es sich um rassistische Bestimmungen, die sich gegen Deutsche, Magyaren und andere ethnische Bevölkerungsteile der ehemaligen CSR richteten. Sie sind schwerwiegende und noch immer anhaltende Verletzungen der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und der demokratischen Grundsätze, weswegen wir für eine ehestmögliche Außerkraftsetzung, spätestens jedoch vor einer Einbindung der CR in die EU, eintreten. Uns betreffende Beneš-Dekrete widersprechen außerdem dem EU Rechtsstandard.

ERKLÄRUNG DES SUDETENDEUTSCHEN RATES:

Erklärung muß Gespräche fördern

Das Präsidium des Sudetendeutschen Rates, dem Volkmar Gabert (Vorsitzender der Seligergemeinde), Heinz Kraus (Generalsekretär), Franz Neubauer (Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe) und Herbert Werner (Vorsitzender der Ackermannsgemeinde) angehören, hat in seiner Sitzung am 23. September 1996 folgende Erklärung abgegeben:

„Das Präsidium des Sudetendeutschen Rates hat sich mit Meldungen beschäftigt, die über eine gemeinsame Deklaration zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik in den Medien aufgetaucht sind. Der Sudetendeutsche Rat kann

dazu erst eine endgültige Stellung beziehen, wenn ihm der Text offiziell bekannt geworden ist.

Zu den Meldungen stellt das Präsidium fest, daß der Sudetendeutsche Rat schon seit seinem Bestehen Freundschaft und Ausgleich mit dem tschechischen Volk auf der Basis der historischen Wahrheit herbeiführen will. An dieser Zielsetzung hat sich nichts geändert. Es hält allerdings eine deutsch-tschechische Erklärung nur dann für sinnvoll, wenn sie tatsächlich dazu beiträgt, vorhandene Probleme abzubauen und damit die Voraussetzungen für Gespräche zwischen Tschechen und Sude-

tendeutschen zu schaffen. Falls die Erklärung Probleme verschweigt, und falls in der Erklärung falsche geschichtliche Darstellungen gegeben werden, erfüllt sie die genannten Voraussetzungen nicht. Es kann sich auch nicht um eine sogenannte Schlußstricherklärung handeln, da eine solche für einen historischen Prozeß fragwürdig und in bezug auf die Vergangenheit zwischen Tschechen und Sudetendeutschen belastende Fragen in keinem Fall möglich ist.

Das Präsidium des Sudetendeutschen Rates begrüßt alle Initiativen, die geeignet sind, zu einer Versöhnung und einem gerechten Ausgleich zwischen Deutschen, Sudetendeutschen und Tschechen zu führen. Es begrüßt deswegen das kürzlich stattgefundene deutsch-tschechische Jugendtreffen. Es erwartet von der deutschen und der tschechischen Regierung, daß nunmehr die deutsch-tschechische Stiftung gegründet, ein permanentes deutsch-tschechisches Forum institutionalisiert und der deutsch-tschechische Jugendaustausch intensiviert werden. Es erwartet weiter, daß in einer solchen Erklärung jede Vertreibung von Völkern als Unrecht bezeichnet wird. Dabei geht es davon aus, daß die Tschechische Republik die Dekrete des tschechischen Staatspräsidenten Beneš, die die Grundlage für die Vertreibung und die entschädigungslose Enteignung der Sudetendeutschen und Ungarn bilden, für nichtig erklärt.

Das Präsidium würde es sehr bedauern, wenn die deutsche Bundesregierung die Entwicklung zum Münchener Abkommen allein

den Deutschen anlastete. Das Münchener Abkommen wäre nie zustande gekommen, wenn England und Frankreich es nicht unterschrieben hätten.

Das Präsidium würde es begrüßen, wenn die tschechischen Opfer nationalsozialistischer Gewalt entschädigt würden. Es erwartet aber, daß dann auch eine Entschädigung für diese sudetendeutschen Opfer tschechischer Gewalt angekündigt wird, die Schaden an Leib und Leben im Jahre 1945 und danach erfahren haben.

Das Präsidium des Sudetendeutschen Rates ist der Meinung, daß eine Erklärung zur gegenseitigen Verständigung beitragen kann, wenn sie eine Regelung dieser Fragen in die Wege leitet, und wenn darin auch eine Verwirklichung des Rechts auf die Heimat für die Sudetendeutschen zugesichert wird.

Die Sudetendeutschen wissen, daß das Heimatrecht nur im Einklang mit der Rechtsordnung der Tschechischen Republik und auf der Grundlage der heute allgemein anerkannten Grundsätze eines Volksgruppenrechtes verwirklicht werden kann. Der Sudetendeutsche Rat hat wiederholt erklärt, daß Grenzänderungen nicht in Frage kommen.

Im übrigen betont das Präsidium des Sudetendeutschen Rates nochmals, daß der offizielle Dialog zwischen den Vertretern der sudetendeutschen Volksgruppe und den Verantwortlichen in der Tschechischen Republik ehestmöglich neben den bereits zwischen den beiden Regierungen laufenden Verhandlungen aufzunehmen ist.“

Kinkel findet es nicht einmal der Mühe wert, zu informieren!

Außenminister Klaus Kinkels Diplomaten-truppe verhandelt mit den Tschechen über die Köpfe der Betroffenen hinweg die sogenannte Versöhnungserklärung aus – aber die Betroffenen über den bis auf wenige Details bereits fertigen Text zu informieren findet er offenbar nicht nötig. CSU-Chef und Finanzminister Theo Waigel kritisierte den F.D.P.-Politiker deshalb kürzlich scharf. Nach einer CSU-Vorstandssitzung sagte Waigel vor Journalisten in München, es müsse „zunächst“ diese zugesagte Unterrichtung stattfinden, damit es bei der Erklärung Fortschritte geben könne. „Mit Verwunderung“ habe er die Berichte zur Kenntnis genommen, wonach dieses Papier vor dem Abschluß stehe. Zu dem auch von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) geäußerten Wunsch, die Versöhnungserklärung solle bis zum Jahresende fertig sein, sagte Waigel: „Wenn eine bessere Erklärung im Jänner käme, dann würde niemand böse sein.“ Waigel betonte erneut, die Beratungen stünden nicht unter Zeitdruck; die CSU wolle jedoch auch keine Verzögerung. Damit die Erklärung wirklich Versöhnung bewirken könne, müsse sie die „geschichtliche Wahrheit“ darstellen. Genau das ist aber – zumindest nach den bisher durchgesickerten Texten – nicht der Fall. Waigel erklärte, die Sudetendeutschen hätten kein Veto-recht gegen die Erklärung. Doch den Vertriebe-

nen sei vom Bundeskanzler zugesagt worden, daß sie über die Erklärung informiert würden. Es sei auch im Interesse der tschechischen Seite, nicht über die Köpfe der Sudetendeutschen hinweg zu verhandeln, betonte Waigel.



So nicht, Herr Kinkel: Erst informieren, dann diskutieren!

Christopher stellt Tschechen baldige NATO-Aufnahme in Aussicht

Tschechien dürfte nach Ansicht von US-Außenminister Warren Christopher zu den ersten osteuropäischen Staaten gehören, die Mitglied der NATO werden. Die Tschechische Republik treffe zweifellos alle notwendigen Vorbereitungen für eine Aufnahme, sagte Christopher kürzlich vor einem Treffen mit dem tschechi-

schen Ministerpräsidenten Václav Klaus. Die Allianz will auf einem Gipfel im kommenden Frühjahr oder Sommer die ersten neuen Mitglieder benennen.

Neben Tschechien sollen Polen, Ungarn und möglicherweise Slowenien der ersten Beitrittsgruppe angehören.

Sanierung tschechischer Banken kostete bisher 90 Milliarden Kronen

Die Sanierung der nach der demokratischen Wende gegründeten zahlreichen Bankhäuser in Tschechien hat in den letzten fünf Jahren fast 90 Milliarden Kronen (ca. 36 Milliarden Schilling) gekostet. Das geht aus der jüngsten Studie der Tschechischen Nationalbank (CNB) über die Situation im Bankwesen hervor, aus der kürzlich die Tageszeitung „Mlada fronta dnes“ zitierte.

Die Erschütterungen des Bankensystems in den letzten Wochen sind nach der Analyse der Zentralbank eine unausweichbare Folge der Wirtschaftsreform. „Falls die Reform nicht irgendwo steckenbleiben sollte, mußte jemand ihre Kosten tragen. Diese fielen logischerweise ans Ende der Kette, und zwar in die Bilanz der Banken“, erläuterte ein CNB-Sprecher den Standpunkt der Nationalbank.

Vom internationalen Standpunkt aus seien zudem auch die größten und gesündesten

tschechischen Finanzinstitute lediglich Banken, die „nicht allzu krank“ seien, heißt es in der CNB-Studie weiter. Künftig könnte auch diesen Bankhäusern Gefahr drohen, weil sie nicht nur auf dem Kapitalmarkt tätig seien, sondern zugleich auch Besitzer eines bedeutenden Teils der tschechischen Wirtschaft sind.

Eine Teilung der Rolle der Banken als Besitzer von Firmen sowie Investmentfonds von ihrer normalen Finanztätigkeit müsse erörtert werden. Zudem ist der CNB-Studie nach eine rasantere Kontrolle der Verflechtung von Kapital- und Bankenmarkt unumgänglich. Auch eine Verschärfung der Gesetzgebung sei nötig, um kriminelle Delikte in den Banken zu unterbinden.

Die Tschechische Nationalbank hat in den letzten drei Jahren die Zwangsverwaltung von zwölf Geldinstituten des Landes verfügt beziehungsweise ihnen die Banklizenz entzogen.

Zumeist hatten die betroffenen Häuser riskante Kredite vergeben, die kaum wieder einbringlich waren.

Der mit einem Rekordverlust in Höhe von zwölf Milliarden Kronen einhergehende kürzliche Zusammenbruch eines Bankhauses in Plzen (Pilsen) sowie die darauffolgende Einsetzung eines Zwangsverwalters im größten privaten Geldinstitut des Landes, der Agrobanka (Prag), hatte zur bisher tiefsten Erschütterung des tschechischen Bankwesens geführt.

Im Jahre 1990 hatten noch fünf Banken genügt, um die gesamten Bankaktivitäten in der damaligen Tschechoslowakei abzuwickeln. 1995 gab es in dem seit 1993 eigenständigen Tschechien mit rund zehn Millionen Einwohnern fast sechzig Geschäftsbanken, davon 35 als tschechische Tochterbanken internationaler Banken oder als Banken mit ausländischer Beteiligung.

Tschechische Naziopfer fordern Entschädigung

Die Opfer des Nationalsozialismus in Tschechien haben ihre Forderung nach individueller Entschädigung durch Deutschland bekräftigt. In einem kürzlich veröffentlichten Schreiben des Verbandes der befreiten politischen Häftlinge in Prag hieß es, die geplante deutsch-tschechische Erklärung zur Aussöhnung zwischen beiden Völkern dürfe Deutschland nicht der völkerrechtlichen Verpflichtung entheben, die tschechischen Nazi-Opfer zu entschädigen.

„Brüchigen Informationen“ über das zwischen Bonn und Prag ausgehandelte Dokument sei zu entnehmen, hieß es in dem Schreiben, daß mit einer individuellen Wiedergutmachung für die ehemaligen KZ-Häftlinge nicht gerechnet werde. Dies sei eine große Enttäuschung, weil Deutschland damit zeigen könnte, daß es die in der NS-Zeit von Deutschen begangenen Verbrechen bedauere. Auch die von der Regierung in Prag einmalig geleistete humanitäre Hilfe für die tschechischen Nazi-Opfer entbinde Deutschland nicht von der Pflicht, diese zu entschädigen, betonten die ehemaligen politischen Häftlinge.

Der Verband verweist auch auf das hohe Alter seiner Mitglieder, deren Zahl statistisch jährlich um zirka sieben Prozent schrumpfe. Ende Mai vergangenen Jahres hätten noch rund 9500 tschechische Nazi-Opfer eine Wiedergutmachung gefordert; inzwischen seien es nur noch etwa 8500. Die Föderation der jüdischen Gemeinden in Prag betont, daß sie die Forderung der ehemaligen KZ-Häftlinge voll und ganz unterstütze.

Mehr als 2000 Tote in CSSR-Gefängnissen

In der ehemaligen Tschechoslowakei sind während des kommunistischen Regimes in den Jahren von 1948 bis 1968 mindestens 2127 Menschen im Gefängnis gestorben. Das berichteten tschechische Zeitungen unter Berufung auf das Amt für die Dokumentation und Untersuchung der Verbrechen des Kommunismus (UDV). Die Behörde hat mit der Untersuchung zahlreicher verdächtiger Todesfälle begonnen. So starben nach den Angaben fast 600 Menschen angeblich an Herzversagen, 160 sollen Selbstmord verübt haben und bei Unfällen umgekommen sein. Bei Hunderten von Todesfällen war lediglich angegeben worden: „Ursache nicht festgestellt“. Das UDV war nach der demokratischen Wende 1989 eingerichtet worden. Es hat den Verdacht, daß die gefürchtete kommunistische Geheimpolizei StB an den Häftlingen die Wirkungsweise von Drogen testete. Im Todesfall seien dann ein Selbstmord oder Herzversagen vorgetäuscht worden.

Prager Parlament blockiert Besitzrückgabe an die Kirche

Mit einem erfolgreichen Coup hat das Parlament in Prag kürzlich die Rückgabe eines Teils des von den Kommunisten enteigneten kirchlichen Waldbesitzes blockiert. Die von der tschechischen Regierung geplante Rückgabe von 175.000 Hektar Waldbesitz an die katholische Kirche wurde durch eine von der sozialdemokratischen Opposition eingebrachte Resolution verhindert. Die Resolution wurde von einer Mehrheit von 101 der insgesamt 197 Stimmen angenommen.

Die Resolution fordert die Regierung auf, sich bei ihrem Handeln stärker an das Parlament zu binden. Bis Jahresende müsse ein Gesetz ausgearbeitet werden, in dem die genauen Machtbefugnisse der Regierung definiert sind. Diese müßten jedenfalls deutlich kleiner sein als derzeit, da nach Auffassung der Sozialdemokraten die auf dem Erlaßweg und ohne Parlamentsabstimmung ergangene Rückgabe des Kirchenbe-

sitzes eine eindeutige Überschreitung der zulässigen Befugnisse der Regierung gewesen sei.

Am 17. Juli hatte die Regierungskoalition die Besitzrückgabe als Anhang zum Koalitionsabkommen vereinbart. Ursprünglich hatten die Sozialdemokraten bereits die Duldung der Minderheitsregierung vom Verzicht auf die Besitzrückgabe abhängig gemacht, dann aber bei der entsprechenden Abstimmung nicht teilgenommen. Die geplante Besitzrückgabe war seit Jahren umstritten. Der in Frage stehende Waldbesitz macht nur einen Teil des in kommunistischer Zeit enteigneten kirchlichen Vermögens aus.

Das Koalitionsabkommen unterscheidet zwischen Religionsgemeinschaften, die vor dem Stichtag (25. Oktober 1948) Forstbesitz hatten – de facto ist das nur die katholische Kirche – und jenen, die nur Gebäude besaßen. Die

„nichtforstbesitzenden“ Religionsgemeinschaften werden weiterhin vom Staat unterstützt; der katholischen Kirche wird die Unterstützung 1997 um 25 Prozent und dann pro Jahr um weitere Prozente gekürzt.

Das Abkommen befaßt sich ausschließlich mit dem kirchlichen Waldbesitz von 1948 und mit Gebäuden, die der Forstwirtschaft dienen oder von den Forstdirektionen verwaltet wurden. Nicht zur Disposition steht der frühere landwirtschaftliche Besitz der Kirchen. Allgemeiner Tenor ist, daß dieser Besitz für immer für die Kirche verloren ist – genauso wie die kirchlichen Gebäude, die heute von Gemeinden benutzt werden oder als Schulen, als Krankenanstalten, als Heime oder für andere soziale Zwecke dienen. Von den 175.000 Hektar Wald, die jetzt rückerstattet werden, waren 120.000 im Besitz von Diözesen und 55.000 im Besitz von Ordensgemeinschaften.

Tschechien diskriminiert eigene Staatsbürger

Der Mannheimer CDU-Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Egon Jüttner wirft der Tschechischen Republik vor, die eigenen Staatsbürger deutscher Nationalität zu diskriminieren.

Von der Bundesregierung fordert der Abgeordnete, „sich mit der Situation und dem Schicksal derjenigen Deutschen zu befassen, die nach dem Krieg gegen ihren Willen in der Tschechoslowakei bleiben mußten“. Diese Deutschen, die nun seit zirka vierzig Jahren tschechische Staatsbürger seien, würden in der Tschechischen Republik „noch immer wie Bürger zweiter Klasse behandelt“, sagte Jüttner nach seiner Rückkehr aus der Tschechischen Republik. In einem Brief an Außenminister Klaus Kinkel will der Abgeordnete wissen, was die Bundesregierung bisher für diesen Personenkreis getan hat und ob diese Frage in der bevorstehenden deutsch-tschechischen Erklärung angesprochen wird.

Bei seiner Reise durch Nordmähren und Sudetenschlesien habe Jüttner auf eigene Faust Deutsche in ihren Dörfern aufgesucht und sie nach ihrer Situation und ihrem persönlichen Schicksal befragt. Jüttner: „Die haben noch immer Angst vor den Tschechen. Das Trauma jahrzehntelanger Unterdrückung und Erniedrigung steckt noch tief drin in diesen Menschen. Viele von ihnen wurden bis zu zehn Jahre interniert, durften ihre deutsche Sprache unter Androhung von Strafe nicht sprechen, wurden permanent als ‚Faschisten‘ beschimpft, durften weder höhere Schulen besuchen noch studieren und sie durften sich als Deutsche auch nicht zusammenschließen. Ihr Eigentum wurde ihnen entschädigungslos weggenommen.“

Jüttner wirft der Tschechischen Republik vor: „Diese vom Schicksal so schwer gebeutelten Menschen erhalten, obwohl sie inzwischen seit zirka vierzig Jahren tschechische Staatsbürger

sind, unter Hinweis auf die Beneš-Dekrete ihr Eigentum nicht zurück. Dies kann nicht länger akzeptiert werden.“ Jüttner: „Hier zeigt sich das wahre Gesicht dieser Tschechischen Republik, die mit der Ungleichbehandlung ihrer deutschstämmigen Staatsbürger jegliche europäische Rechtsstaatskultur ignoriert.“ Er habe als Beweis „für diese völkerrechtswidrigen Handlungen Tschechiens“ den Text eines Gerichtsurteils vom Juni 1996 erhalten, das klar bestätige, wie ein tschechischer Staatsbürger sein Eigentum nur deshalb nicht zurückerhalte, weil er deutscher Abstammung sei.

Die „unerträgliche Behandlung Deutschstämmiger in Tschechien kann nicht länger hingenommen werden“, meint Jüttner nicht ohne Kritik an der Bundesregierung. Diese soll „in Prag die Dinge beim Namen nennen und ihr politisches Gewicht in die Waagschale werfen“. Jüttner: „Rühe will Tschechien so schnell wie möglich in die NATO holen. Kinkel macht sich zum Fürsprecher Tschechiens für die Europäische Union.“ Beide müßten jetzt „Klartext mit den Tschechen reden und ihnen deutlich machen, daß vor einem Beitritt in die EU und in die NATO die Diskriminierung der Deutschen aufhören muß“.

Prof. Jüttner mit Blick auf die beabsichtigte deutsch-tschechische Erklärung: „Überall auf der Erde klagen wir Menschenrechtsverletzungen an. Aber vor unserer eigenen Haustür, im Nachbarland Tschechien, wo Menschen deutscher Abstammung noch immer unterdrückt werden, da schweigen wir.“ Er könne nicht länger schweigen und müsse dieses Unrecht öffentlich anprangern, wo immer das möglich sei. Jüttner weiter: „Deutschland muß jetzt Druck machen, damit die Unterdrückung von Deutschstämmigen in Tschechien aufhört.“

(DOD)

SCHON ABONNIERT?

Sudetenpost

DIE SUDETENDEUTSCHE
ZEITUNG, DIE DIE DINGE
BEIM NAMEN NENNT!

So sieht ein KP-Chronist die Vertreibung: „Drang nach Westen“

Der Chronist der kommunistischen Partei in Nikolsburg hat eine Broschüre über „Die Aussiedlung der Brüner Deutschen und die reguläre Abschiebung aus Südmähren“ herausgegeben, in der auf jeder Seite die drei Worte: „Drang nach Westen“ zu finden sind. U. a. wird ausgeführt, daß die „Evakuierung der Brüner“ am 31. Mai 1945 vor dem Beschluß der Siegermächte in Potsdam nicht berechtigt war. Diese Aktion hätte das internationale Ansehen geschädigt, weil viele Menschen krank wurden und starben. Es sei aber nicht richtig, daß tausende erschlagen wurden. Der damalige Vorsitzende der KP in Brünn, namens Schling, hätte das Vorgehen schon am 3. 6. 1945 in der Zeitung „Rovnost“ kritisiert, weil sie sich gegen Frauen und Kinder gerichtet haben und kein einziger Nazifunktionär davon betroffen war. 20.000 Brüner wurden altersbedingt verschont. Schling wurde wegen seiner Kritik 1952 angeklagt und hingerichtet.

Der Autor Prof. Dr. Silvester Novacek habe durch seine Arbeit beim Nikolsburger Bezirksausschuß von den Nikolsburger Kommunisten Nissel und Kapusta die Einzelheiten erfahren. Nissel sei als Kommunist jüdischer Abstammung von Nikolsburger Nazisten im Jahre 1938 mit Ziegelsteinen geschlagen, aber von der

Gestapo gerettet worden, weil er dem tschechischen Geheimdienst angehörte. Novacek habe in der Zeit von Herbst 1945 bis März 1946 die Angehörigen der Republikanischen Wehr zum Bleiben überreden wollen, was ihm aber nur zum Teil gelungen sei. In ganz Südmähren verblieben lediglich 427 deutsche Antifaschisten und 252 Kinder. Die Aussiedlung erfolgte in drei Etappen:

1. Etappe: Flucht der Nazifunktionäre und ihrer Familien vor der Roten Armee; 2. Etappe: Flucht der Bevölkerung aus Angst vor einer Deportation nach Sibirien bis März 1946, wovon im Bezirk Nikolsburg rund 60.000 Personen betroffen waren. 3. Etappe: Regulärer Abschied ab März 1946 auf Beschluß der Siegermächte von Potsdam, wobei vom Bezirk Nikolsburg 19.112 Personen abgeschoben wurden. Eine „wilde Vertreibung“, wie von Pithart oder gar eine „ethnische Säuberung“ wie von Dienstbier behauptet, hätte es nie gegeben. Auch die Feststellung von Ota Filip „Die Toten unterm Klee“ über Pohrlitz seien nicht wahrheitsgemäß. Auf jeden Fall seien auch die freiwillig nach Österreich (Anmerkung: also die Masse) weggegangene Einwohner, keine Vertriebenen. Alle haben den Drang nach dem Westen zu ihren Verwandten gehabt. RE

Schmunzeln mit Ratzenböck

Gerade die Sudetendeutschen in Oberösterreich wissen die vielfache Hilfe wohl zu würdigen, die ihnen Dr. Josef Ratzenböck vor allem in seiner Amtszeit als Landeshauptmann von Oberösterreich angedeihen ließ. Daß Politik manchmal auch ihre heiteren Seiten hat, beweist das Buch „Mit herzlichen Grüßen Euer Josef Ratzenböck“, das kürzlich im Landesverlag erschienen ist (144 Seiten, S 248.-). Autorin ist die Gattin des einstigen Landeshauptmanns, die durch mehrere Bücher ihre Begabung als Schriftstellerin bewiesen hat und die ja Josef Ratzenböck am besten kennt. Sie hat köstliche Anekdoten und lustige Begebenheiten aus dem politischen Alltag des früheren Landeshauptmanns gesammelt und in diesem Buch (mit flotten Illustrationen von Mag. Michael Strugl) veröffentlicht. Ein prächtiges Buch, das zusätzlich beweist, wie menschlich, humorbegabt und gelassen der einst höchste Repräsentant des Landes auch kritische und problemvolle Begebenheiten bewältigt hat. Heute nimmt sich Dr. Ratzenböck poli-

tisch besonders der Senioren an, aber gerade mit diesem lesenswerten Buch beweist seine Gattin: Dr. Ratzenböck ist kein „Alt-Landeshauptmann“ sondern immer noch ein Politiker, der das hohe Ansehen nach Gleißner und Wenzl weiter gefestigt hat. Daß auch sein Nachfolger, der nunmehrige Landeshauptmann Dr. Pühringer, dieses Image fortsetzt, bewies er mit heiteren Begebenheiten aus seiner Amtszeit, die Pühringer bei der Buchpräsentation in der Raiffeisen-Landesbank Linz amüsant erzählte. W. Sp.



Mit Holz Türen aus Tschechien auf dem Holzweg

„Billige“ Selbstimporte können sehr teuer werden

Wie ein auf den ersten Blick günstiges Angebot im Ausland letztendlich sehr teuer kommen kann, das dokumentiert der Leidensweg einer Linzer Familie, die in Tschechien bei einem Tischler Türen bestellte. Guten Mutes beauftragte man im März 1995 einen tschechischen Tischler mit der Herstellung von vierzehn Holztüren und freute sich über das vermeintliche Schnäppchen. Nach genau einem Jahr konnte die Familie dann die Türen über eine tschechische Spedition nach Oberösterreich importieren.

Was nun folgt, ist ein Leidensweg, dessen Ende vorerst noch nicht abzusehen ist. Die Türen paßten nämlich nicht – sie waren viel zu klein. Nach längeren – von Emotionen und Sprachproblemen geprägten – Diskussionen einigte man sich mit dem tschechischen Tisch-

ler auf eine erneute Bestellung mit einem reduzierten Preis. Diese Türen sollten in zwei bis drei Monaten geliefert werden. Ende September wartet die Linzer Familie inzwischen noch immer auf die versprochenen Türen. Sollten weitere Interventionen bei dem tschechischen Tischlereibetrieb ohne Erfolg bleiben, so ist die Linzer Familie gezwungen, die Lieferung auf dem Gerichtsweg einzuklagen, eine Vorgangsweise, die nicht nur mit sehr hohen Kosten verbunden ist, sondern auch bis zu drei Jahre dauern kann.

Rückblickend gesehen war also der vermeintliche Schnäppchen-Einkauf sehr teuer und mit zahlreichen Mühen verbunden. Das Vertrauen auf die Qualität und die Verlässlichkeit eines heimischen Unternehmens hätte ganz sicher zu einem anderen Ergebnis geführt.

Aus: „Kammernachrichten“

HAUS DER HEIMAT

Achte Spenderliste – Bausteinaktion

Liebe Landsleute, Gönner und Freunde!

In der „Sudetendpost“, Folge 5, vom 7. März 1996, habe ich versprochen, jene Spender, die bereits dem Aufruf von Prof. Dr. Josef Koch gefolgt sind, ebenfalls zu verlautbaren. Die achte Spenderliste bringt nun die Namen dieser Spender: Ing. Josef Wunsch, Helene Kirschbichler, Franz Bahr, Anny Stroppek, Adalbert Fritsch, Verband der Banater Schwaben aus Rumänien in Österreich, Dr. Hans Halva, Maria Czerwenka, Iglauer Nachbarschaft, Theresia Korcak, DAG Donaueschinger Arbeitsgemeinschaft, Stadtgemeinde Zistersdorf, Sudetendeutsche Landsmannschaft – Landesleitung, Salzburg, Rosalia Eichberger, Hilde Baumann, Österreichische Landsmannschaft, Fam. Lutzl, Maria und Stefan Studeny, Erika Schweinhammer, Maria Perthen, BG Wr. Neustadt, Helene Pohl, Maria Dick, KR Fritz Waniek, HG Freudenthal (Altvater), Mr. Self, Franz Zirmig, HG Neubistritz und Umgebung, G. D. Ing. Moritz Schöbel, Dr. Alfred Haindl, Maria Köppel, BG Bruck

a. d. Mur, Elisabeth Ruppitsch, Dipl.-Ing. Anderwald, LV Kärnten, Hermine Stoiber, Dr. Elfriede Böhmdorfer, Leopoldine Meister, Witikobund Österreich, Zita Stecker, Gerhilt Hansel, Stephanie Hübner, HG Bruna, Dipl.-Ing. Otto Köttner, Hildegard Lerch, Helene Mader, Susanne Willfort, Dr. Walter und Edith Becher, Frau Winkler, Maria Magda Reichel, Gertraud Schaner, KR Friedrich Jirwin, Hilde Gold, Erna Crosiner, Maria Nestler, BG Enns-Neugablonz, Kurt Zeiner, HG Mährisch Ostrau, Arnold Wohl, LV Wien, NÖ. und Bgld., Franz Hannak, Sudetendeutsche Landsmannschaft, Bundesverband e. V., Humanitärer Verein der Schlesier, Frau Kohl, H. Knoll, Ulrike Schneider, Gertrude Kahlich, Gerda und Franz Mayer, Anni Winkler, BG Klosterneuburg, Ing. Ernst Goldbach, HG Landskron.

Allen Spendern, ob mit oder ohne Förderurkunde, ein herzliches Danke!

Konto-Nummer der Bausteinaktion: 0034-52.7003 bei der EA, Blz. 11000.

Heimattreffen der Budweiser

Im Hotel „Rupertus“ in Freilassing trafen sich die Budweiser Ende September zur Heimattagung. Nach dem Gedenken an die Toten der vergangenen Jahre kam der Rechenschaftsbericht unseres Heimatkreisbetreuers Eduard Kneissl. Der Schwerpunkt unserer Arbeit lag in der Durchsetzung der Aufstellung des Gedenksteines für unsere Toten der Jahre 1945/46. In jahrelanger Arbeit gelang es uns, die Zustimmung bei den örtlichen Behörden zu bekommen, wobei diese sich weitgehend kooperativ

zeigten. Die Einweihungsfeier verlief harmonisch, ohne Störungen. Am 8. Mai 1996 wurde das Mahnmal mit roter Farbe geschändet, die Spuren sind beseitigt, über die Hintergründe möge sich jeder seine eigenen Gedanken machen! Wir erlebten auch die Wiederaufstellung des Lanna-Denkmales an seinem alten Platz, eines Kosmopoliten, der viel für seine Vaterstadt Budweis getan hat. Auch die Kasse wurde überprüft. Unser Kassenwart, Karlhans Wagner, hat alles ordentlich geführt, die Buch-

Heimatkreis erwarb das Haus Mährisch-Schönberg

Das „Große Heimattreffen des Heimatkreises Mährisch-Schönberg“ am 17. und 18. August 1996 in der Patenstadt Bad Hersfeld stand in diesem Jahr unter einem guten Stern. Bereits im Juni konnte das „Haus Mährisch-Schönberg“ in Bad Hersfeld durch den Heimatkreis als Eigentum erworben werden! Die Heimatstuben und die Geschäftsstelle des Heimatvereines mit dem Namen „Heimatkreis Mährisch-Schönberg e. V.“ haben damit eine unkündbare Bleibe gefunden und der Heimatkreis hat in seiner Patenstadt festgeschriebenes Heimatrecht gewonnen!

In seinem Grußwort zum Heimattreffen hat der Bürgermeister der Stadt Bad Hersfeld der Heimatgemeinschaft gratuliert und seine Verbundenheit zur „Herzessache“ erhoben!

Das Mietverhältnis des Hauses Mährisch-Schönberg war durch die Eigentümer, die GWH (Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Hessen) gekündigt, und das Haus wurde zum Verkauf angeboten. Es steht in einer günstigen Verkehrs- und Geschäftslage des Kurortes und Stadt der Festspiele Bad Hersfeld. Der Heimatverein mußte in den Kauf-Wettbewerb eintreten, nachdem ein ausreichender Ersatz für die Unterbringung der unersetzlichen Heimatsammlung nicht verfügbar war. Der Kaufpreis war natürlich entsprechend hoch. Es blieb kein anderer Weg, als sich mit einem Spendenaufruf an die Landsleute zu wenden. Das nahezu unmöglich erscheinende wurde erreicht! Rund eine halbe Million, nahezu den Kaufpreis, haben die Heimatfreunde gespendet. Stadt und Landkreis Bad Hersfeld Rotenburg haben sich mit Zuschüssen angemessen beteiligt und so im Sinne der Patenschaft zur Erhaltung unserer Heimatsammlung als Zeugnis unserer Vertreibung beigetragen. Die Vorverhandlungen waren schwierig genug. Ein nochmaliger Spendenaufruf soll die finanziellen Belastungen des Heimatvereines mildern und dazu beitragen, daß möglicherweise eines Tages die Stiftung „Haus Mährisch-Schönberg“ ins Leben gerufen werden kann, damit diese Heimatstätte der Nachwelt erhalten bleibt. Der stellvertretende Vereinsvorsitzende und Heimatkreisbetreuer Karl Rotter wies mit einigem Stolz darauf hin, daß sich seither die Mitgliederzahl im Heimatverein um rund ein Drittel vermehrt hat. Der Vertrauensbeweis für die derzeitige Vorstandschaft läßt hoffen, daß mit einem weiteren Anstieg gerechnet werden kann, zumal schon jetzt eine Verjüngung bemerkbar ist. Karl Rotter dankte allen, die zum Gelingen der großen Veranstaltung beigetragen haben und allen, die gekommen sind. Er schloß seinen Tätigkeitsbericht mit den Worten: „Durch Ihren wirtschaftlichen, zugleich moralischen Beitrag haben Sie bestätigt, daß der von uns eingeschlagene Weg in Ihrem Sinne ist.“

Das wird uns Verpflichtung bleiben!“ Der Festabend war dem Gedenken an Franz Schubert gewidmet, dessen Todestag sich 1997 zum 200. Male jährt. Lm. Alois Schubert konnte in einem bemerkenswerten Vortrag, die in mühevoller Arbeit zusammengetragene Geschichte der Ahnen des großen Komponisten der Festversammlung vorstellen. Sonntag, dem 18. August, wurde in der Stiftsruine der Gottesdienst von einem Bläserchor mit der Schubertmesse begleitet. Am Gedenkstein legten Bürgermeister Boehmer und Freiherr Klein von Wisenberg bei den Klängen vom „Guten Kameraden“ den Kranz nieder. Das Gedenken sprach Lm. Dr. Hennhapp.

Bei der anschließenden sehr gut besuchten Kundgebung am Linggplatz begrüßte der Vereinsvorsitzende Freiherr Klein von Wisenberg die Gäste aus Politik und Wirtschaft, besonders Bürgermeister Boehmer mit Gattin, Landrat Holzhauer, 1. Stadtrat und Kämmerer Martin Bock, als Vertreter der Landsleute aus Österreich Lm. Rudolf Czermak mit Gattin und als Vertreter der Deutschen in Mährisch-Schönberg das Ehepaar Inge und Hans Cäsar, weiters die Trachtengruppe der Teßtaler mit Ernst F. Sedlitzschek und Gattin. Nach dem Verlesen des Grußwortes des Schirmherrn, unseres Lm. Hans Klein, Bundestagsvizepräsident, konnte der Europa-Abgeordnete Bernd Posselt, stellvertretender Sprecher der SL, die mit Spannung erwartete Festrede halten. Seine fundierten zeitgeschichtlichen Kenntnisse zeugen von unermüdbaren Bemühungen um unsere Sache. Sein Einsatz für die gerechte Behandlung der Minderheiten in aller Welt wurde mit starkem Beifall, auch durch die Ehrengäste, honoriert. Bernd Posselt ist Heimatkreisbetreuer für Gablonz in Nordböhmen, der Heimat seiner Eltern, und er ist ein junger, engagierter Parlamentarier, wie die Wähler, und wir, die Sudetendeutschen besonders, erwarten und wünschen.

Erich Eichler



Das Haus Mährisch-Schönberg, Bad Hersfeld

Sudetendeutsche Wappenbilder

Wußten Sie, daß insgesamt 339 sudetendeutschen Städten, Märkten, Gemeinden und Ortsteilen ein offizielles Wappen verliehen wurde? Wenn nicht – dann wissen Sie es jetzt! Daneben gibt es aber bestimmt eine unbestimmte Anzahl von Ortssiegeln, die aber von den Gemeinden selbst gestaltet, aber nie von den Landesbehörden im Laufe der Jahrhunderte ordentlich verliehen wurden.

Von diesen 339 Wappen haben wir bis heute 253 Wappen – von Abertham über Landskron bis Zulp – angefertigt. Diese farbenprächtigen und bunten Wappen befinden sich auf weißem Grund und sind jeweils mit dem Ort beschrieben, denen sie zu eigen sind. Darüber hinaus befinden sich diese Wappenbilder in einem schönen, hellen und glänzenden Naturrahmen in der Größe von zirka 15 x 11 Zentimeter. Bisher herrschte eine rege Nachfrage von seiten der Landsleute. Wo können Sie diese Wappen erhalten? Sie richten ganz einfach an die Sude-

tendeutsche Jugend Österreichs, Kreuzgasse 77/14, 1180 Wien (Postkarte genügt), ein Schreiben und fragen an, ob es von Ihrem Heimatort ein Wappen gibt. Schreiben Sie gleich die Stückanzahl der allenfalls benötigten Wappenbilder – wir senden Ihnen diese so bald als möglich zu. Sollte das Wappen bereits sozusagen angefertigt sein, so haben Sie es in zirka vierzehn Tagen in der Hand. Sollte ein Wappen neu angefertigt werden müssen, dann dauert dies ein wenig länger. Schreiben Sie bitte unbedingt wenn möglich auch eine telefonische Erreichbarkeit auf die Postkarte, damit wir Sie allenfalls zurückrufen können, was es mit dem von Ihnen bestellten Wappen auf sich hat.

Ein Wappenbild samt Rahmen kostet S 70.– plus die Portokosten (alles wird gut verpackt und an Sie per Einschreiben abgesandt). Ein Zahlschein liegt zur Einzahlung bei!

Wir hoffen, daß Sie mit den Wappenbildern große Freude haben werden!

führung ist lobenswert! Herr Perner erzählte uns noch einiges über die ehemalige Glockengießerei in Budweis und über ihre Entwicklung nach 1945. Für uns war das insofern interessant, als sich ein derartiger Betrieb mit Teilen wieder in Budweis niederlassen will und dorthin schon

wieder Glocken geliefert hat. Eine Tonbandaufnahme über das „Budweiser Deutsch“, in der Karlhans Wagner gesprochen hat, brachte viel Heiterkeit! Bei einer Sammlung im Anschluß an das Abendessen kam eine erkleckliche Summe zusammen. Wir danken den Spendern. H. St.

Aus einem Brief des letzten Abtes von Ossegg: „... Sie vergewaltigten alle Frauen“

Am 1. Juli 1945 um 3 Uhr früh versuchte man meine Zimmertür in der Prälatur einzuschlagen; als ich öffnete, standen vier Svobodici = Soldaten der Armee des Generals Svoboda, die aus Rußland zurückgekehrt waren, da und verlangten das Inventarverzeichnis, durchsuchten und durchwühlten alle Räume, dann mußte ich mein persönliches Eigentum an Kleidern, Wäsche etc. in einem Zimmer auf einen Haufen zusammenwerfen, mußte sie in die Küche führen, wo sie sich vollaßen und noch mehr vollsoffen und um zirka fünf Uhr wurde mir kommandiert, mich ziviler anzuziehen, da ich verhaftet sei. Im Auto wurde ich dann nach Maria-Ratschitz gefahren, wo die Kommandatur dieser Svobodici war. Als ich mich umblickte, erkannte ich, daß ich auf den Kleidern des Pfarrers von Maria-Ratschitz, Pater Nivard Krakora, saß, der in derselben Nacht ausgeplündert worden war. Auf dem Tisch lag das Kirchensteuergeld in der Höhe von 28.000 RM. Zu Mittag wurde ich in ein Zimmer gesteckt, wo ein kranker SS-Mann lag, der sich als Spitzel entpuppte, und gegen Abend kam ich in das neueröffnete KZ in Liquitz. Dieses war am 8. Mai von den russischen Kriegsgefangenen dort vollständig ausgeplündert und zur Hälfte verbrannt worden. Bei der Einlieferung wurden Mantel, Hut, Uhr, Ring, Geld und sonst alles abgenommen, was man in der Tasche hatte. Kein Bett, keine Decke, nichts, nur unendlich viele Wanzen und Mäuse. In der Nacht, um 11 Uhr, um 1 Uhr, um 3 Uhr, wurde ich zum Verhör geholt. Die Fragen waren: Wo ist im Stift der Geheimsender, wo sind im Stift die 200 SS-Leute versteckt, wo ist die fünfte Kolonne im Stift versteckt, wo ist die geheime Gold- und Silberkammer, wo ist das Geheimarchiv, wo ist der geheime Gang, der zur Riesenburg führt, wo sind die Sachen versteckt, die von der deutschen Bevölkerung dem Stift zur Aufbewahrung übergeben wurden? usw.

Auf dem Rückweg in die Zelle mußte ich nach jedem zweiten Schritt über einen toten oder halbtoten Menschen schreiten. Zurückgekehrt in die Baracke, hörte ich, wie hinter der Barackenwand die alten deutschen Männer von Maria-Ratschitz niedergeschossen wurden, darunter fast alle die alten christlichsozialen Parteimitglieder. Die Frauen wurden furchtbar verprügelt, so daß alle mit verbundenen Köpfen herum liefen und kaum aus den Augen schauen konnten. Alle Frauen waren vergewaltigt, vielfach angesteckt und innerlich schwer verletzt worden. Als die Svobodici nicht mehr vergewal-

tigen konnten, haben sie, die Frauen und Mädchen mit Flaschenhälsen bearbeitet. Als ich im Oktober aus diesem Lager fortging, sind noch viele dieser Frauen in der Sanitätsstube gelegen, obwohl sie schon zwei- oder dreimal im Duxer Spital behandelt wurden. Am 4. Juli wurde ich nach Ossegg in den Kasernenarrest geschickt. Dort war auch schon der Stiftsprovisor Dechant P. Dionys Heger und der Stiftsrentmeister mit seinem Sohn, der damals im Rentamt Beamtendienste leistete. Es wurde also die ganze Stiftsverwaltung von Tschechen verhaftet, damit die Stiftsverwaltung von Tschechen besetzt werden konnte. Zum Glück hatte ich schon vierzehn Tage vor meiner Verhaftung schriftlich den Regens des Stiftes Ossegg, einen tschechischen Mitbruder, zum Prior eingesetzt. Am 7. Juli wurden wir aus dem Kasernenarrest in den Ossegger Polizeiarrest geschickt. Dort mußten wir zu unserem Glück vom Stift verköstigt werden. Jeden Tag wurden wir um 8 Uhr früh in das Stift geführt und mußten die Vermögensaufstellung fertigstellen, da damals die Geldsperre und die Geldumwechslung im Gange war. Am 9. August wurden wir in den Polizeiarrest nach Dux geschickt. In einer Zelle, wo höchstens Platz für zehn Personen war, waren wir 30 bis 40 Mann zusammengepfercht. Am 14. August wurden wir wieder in das Liquitzer KZ geschickt. Bei der Einlieferung wurde jeder geprügelt. Als ich zum Verprügeln geholt wurde, war der Polizist (die Svobodici wurden durch Polizisten ersetzt) ein ehemaliger Schüler von mir. Als er mich sah, erschrak er und schob mich hinter Barackeneck. Auf diese Weise wurde ich nicht verprügelt. Dort hörte ich gerade, wie unser Provisor geschlagen wurde. Bei jedem Hieb schrien die Polizisten: „Wo ist im Stift der Wein?“ Den Stiftskeller hatten am Einmarschtag die Russen mit den Tschechen zusammen vollständig ausgeplündert. Am nächsten Tag, dem 15. August, Fest Mariä Himmelfahrt, wurden wir in den Schacht kommandiert. Ich auf Kohinoor II in Maria Ratschitz, P. Dionys auf Pluto in Wiesa, der Rentmeister mit seinem Sohn auf Venus bei Brüx. Ich mußte Hunte, die aus der Förderstrecke in die Hauptstrecke einliefen, in die Hauptstrecke einseilen. Diese Arbeit hat mir gut gefallen, weil ich allein auf der Figur war, gute Luft hatte und besonders nach der Schicht mich baden und an einer zusätzlichen Mahlzeit sättigen konnte, denn der Hunger war unsagbar groß. Im Liquitzer Lager bekamen wir zu Mittag einen Schöpflöffel voll in Wasser

gekochte Möhren, ein Kilo Brot die Woche, früh und abends schwarzen Kaffee oder Tee. Als ich von der ersten Schicht zurückkehrte, wurde mir mitgeteilt, daß unser Stiftsprovisor P. Dionys Heger auf der ersten Schicht im Plutoschacht vom Schlag getroffen und gestorben war.

Leider durfte ich nach einigen Wochen nicht mehr in den Schacht einfahren, sondern mußte im Lagerhof arbeiten: Holz machen, Mauern einreißen; Ziegel putzen, pflastern, Tote verscharren, tote Russen ausgraben und im neuangelegten Russenfriedhof wieder eingraben. Die Arbeit im Lager war grauenhaft, weil man den ganzen Tag den Verhöhnungen und Beschimpfungen der Aufseher – meist 18jährigen – ausgesetzt war. Das Schrecklichste im Lager war das Abendturnen. In drei Minuten mußten 600 bis 800 Mann in Dreierreihen angetreten sein. Das Kommando war tschechisch, über die Hälfte der Angetretenen verstand es nicht. Die meisten waren Krüppel. Bei jedem Kommando war natürlich der Sauhaufen fertig, wer falsch exerzierte, wurde niedergeschlagen oder sonst malträtiert. Einmal waren wir nur noch 25 Mann übrig. Ein 18jähriger Bursche hatte es besonders auf mich abgesehen und kommandierte ununterbrochen weiter. Die beim Turnen Niedergeschlagenen mußten wir dann in den Waschraum schaffen und solange mit Wasser aus Schläuchen begießen, bis sie wieder aufstanden oder tot waren.

Im September wurde ich dann in die Lagerkanzlei kommandiert und mußte dort die Lagerabrechnungen seit Errichtung fertig machen. Die besoffenen tschechischen Polizisten haben diese Arbeit nicht zustandegebracht. Als ich immer nach zwei Tagen eine Monatsabrechnung abließerte, räumte mir der Kommandant verschiedene Begünstigungen ein: ich brauchte nicht mehr beim Abendturnen antreten, kam in eine bessere Baracke, wo nicht mehr so viel Putzarbeit notwendig war. Der Kaplan von Maria-Ratschitz konnte mir ein- bis zweimal in der Woche ein Mittagessen ins Lager bringen. Als ich mit den Abrechnungen fertig war, bekam ich die Verwaltung des Magazins. Kaum hatte ich in zweiwöchiger Arbeit das Magazin inventarisiert, wurde ich nach Ossegg geschickt, um die Vermögensaufstellung des Stiftes fertig zu machen. Das war am 3. Oktober. Am 26. Oktober mußten meine Mitbrüder P. Johann, Ubald, Norbert, Ewald, Bruno, Fr. Theobald über die Grenze nach Sachsen. Am 29. November wurde ich wieder verhaftet und in das KZ nach

Dux geschickt. Dort waren auch einige Mitgefangene, die den furchtbaren Tag in Bilin mitmachten. Aus der weiten Umgebung von Bilin wurden Männer und Frauen auf dem Marktplatz zusammengetrieben, mußten sich nackt ausziehen und wurden dann beim Einzelmarsch von der Bevölkerung geschlagen. Dann mußten besonders die Männer auf allen Vieren hintereinander wie Hunde kriechen, dabei wurden sie solange geschlagen, bis sie sich bekackten, der Hintermann mußte dem Vordermann die Kacke ablecken, bis alle so ziemlich erschlagen waren, darunter auch der Pfarrer Köckert von Radowitz. Was dort mit den Frauen aufgeführt wurde, kann man wegen der sadistischen Ungeheuerlichkeit einfach nicht beschreiben. Am 8. Februar 1946 wurde ich aus dem Duxer Lager entlassen und vom Arbeitsamt der Brettsäge, ehemals Grohmann & Troppschuh in Janegg, als Hilfsarbeiter zugeteilt. Die neuen Besitzer, drei tschechische Juden, haben mich allerdings nicht angenommen, sondern auf den Wisch des Arbeitsamtes geschrieben: Einen 59jährigen, chronisch rheumatischen und herzkranken Menschen, der in seinem Leben keine körperlichen Arbeiten vollbrachte, können wir für unsere schweren Arbeiten auf der Brettsäge nicht brauchen. Sie gaben mir den Rat, mich krank zu melden. Ein slowakischer Arzt in Ossegg hat mir auch ein ärztliches Zeugnis ausgestellt und vier Wochen Krankenurlaub gegeben. Gerade zu dieser Zeit hat der Bezirksausschuß in Dux eine Neuauferfertigung des Stiftsinventars gefordert. Der Prior hat mich verlangt, da nur ich diese Arbeit fertig machen könne. Auf diese Weise konnte ich im Stift wohnen und unter Polizeiaufsicht die Inventurarbeiten fertig machen. Am 19. Juni wurde ich wieder verhaftet und über Dux in das Kreisgerichtsgefängnis nach Brüx geschickt. Die Sekkatur war dieselbe wie im Lager, ebenso der Hunger. Wir mußten Puppen erzeugen. Bin also auf diesem Gebiet Fachmann geworden. Wäre hier nicht die Währungsreform gewesen, hätte ich hier schon eine Puppenfabrik aufgemacht. Nach unsagbaren Bemühungen gelang es mir, die Einreisebewilligung für mich und noch sechs andere Mitbrüder nach Österreich zu erreichen. Am 15. Oktober 1946 wurde ich mit dem letzten österreichischen Transport mit den anderen Mitbrüdern nach Österreich gebracht.

Auszug aus dem Buch „Europa in Trümmern“ von Father Emmanuel J. Reichenberger; Verlag Anton Pustet, Graz – Salzburg – Wien.

Volkstanzfest in Klosterneuburg

Dieses beliebte Volkstanzfest in unserer Patenstadt Klosterneuburg steht unter dem Motto „Österreichisch-Sudetendeutsches Volkstanzfest – Leopoldtanz 1996“ und findet zum 29. Mal statt!

Am Samstag, dem 9. November, von 18 bis 23 Uhr (Einlaß ab 17.15 Uhr), treffen wir einander alle in der Babenbergerhalle! Gemeinsam mit unseren Freunden von der Volkstanzgruppe Klosterneuburg laden wir recht herzlich alle Landsleute – jedweden Alters! – alle jungen Freunde, die mittlere Generation, die Freunde des Volkstanzens und des Brauchtums dazu ein. Insbesondere wollen wir auch alle Trachtenträger einladen. Die Eintrittspreise sind auch heuer gegenüber dem letzten Jahr gleichgeblieben. Eine Vorverkaufskarte kostet S 100.–, Karten an der Abendkasse S 140.–. Die Tischplatzreservierung – soweit der Platz reicht – ist kostenlos. Es gibt auch heuer wieder ein eigenes Kindervolkstanz – bitte daher die Kinder mitbringen, die Tänze werden eingeübt und dann

vorgezeigt. Und in den Pausen wird wieder für ein nettes Programm gesorgt: Vorfürhungen, offenes Singen usw. Bei den Tänzen kann jedermann sofort mitmachen und etliche Tänze werden auch vorgezeigt.

Gerade heuer, im einundfünfzigsten Jahr nach der Vertreibung, erwarten wir einen überaus zahlreichen Besuch aller Landsleute, – als Bekenntnis zu unseren kulturellen Werten!

Wie immer herrscht rege Nachfrage – daher bitte sich sofort die Karten und Plätze besorgen – wer zuerst kommt, hat seinen Platz sicher!

Vorverkauf und Platzreservierung bitten wir entweder schriftlich an die Sudetendeutsche Jugend, Kreuzgasse 77/14, 1180 Wien oder telefonisch an Frau Malik, Tel. 60 34 698 (von 17 bis 19 Uhr) bzw. eventuell an Hubert Rogelböck, Tel. 87 67 018 (Anrufbeantworter, 17 bis 19 Uhr) zu richten!

Alle besuchen das Österreichisch-Sudetendeutsche Volkstanzfest in Klosterneuburg – Sie bzw. Du doch auch?

Einreiseverbot für österreichische Mopedlenker nach Tschechien

Die tschechische Grenze ist für österreichische Mopedlenker nicht passierbar. Dies teilte die Volksanwaltschaft in Wien mit. Als Grund dafür wurde die Gleichstellung der Mopeds mit Motorrädern im nördlichen Nachbarland angeführt. Dies bedeute, daß man zur Einreise in Tschechien mit einem einspurigen Fahrzeug – gleich welcher Klasse – in jedem Fall einen Führerschein der Gruppe A benötigt. Die frühere Tschechoslowakei hatte laut Volksanwältin Eve-

lyn Messner einen Vorbehalt zu den Bestimmungen des Wiener Übereinkommens über den Straßenverkehr erklärt. Dadurch wurden Mopeds den – stärkeren – Kraftfahrzeugen gleichgestellt, hieß es. Die Nachfolgestaaten Tschechien und Slowakei übernahmen diesen Vorbehalt. Das Außenministerium in Wien versuchte, die beiden Länder zur Rücknahme dieser Gleichstellung zu bewegen – von tschechischer Seite sei dies aber abgelehnt worden, so Messner.

Karlhans Wagner ein Siebziger!

Das glaubt doch keiner! Wer diesen Finanzminister des Budweiser Triumvirats kennt, kann sich keinen Reim darauf machen. Aber doch, es ist so! Am 31. 10. 1926 in Wallern geboren, eigentlich wollte er in Budweis zur Welt kommen, so haben zumindest die Böhmerwälder einen Zipfel von ihm. Seine Jugend verbrachte er in Budweis, wir kennen uns schon lange und wissen auch, was wir voneinander zu halten haben, nämlich viel! Er besuchte die Übungsschule und das Realgymnasium. Der Krieg holte uns ein, Offiziersanwärter zu Ende des Krieges, in französische Kriegsgefangenschaft geraten, und sich heimlich, still und leise 1947 aus dem Staub gemacht. Danach sechs Jahre in Österreich gearbeitet, dann nach Deutschland. Er heiratete seine Ritschi, ohne die wäre er nur die Hälfte wert. Was nicht heißt, daß wir an seinen Fähigkeiten zweifeln.

In seinem beruflichen Leben brachte er es bis zum Filialdirektor der Firma DUN-Bradstreet. Mit 60 in Rente und jetzt ist er unser Finanzminister im Heimatkreis Budweis. Ihm ist im wesentlichen die Aufstellung des Gedenksteines für die toten Budweiser nach 1945 zu verdanken. Für sein Engagement müssen wir ihm danken. Ohne dieses Engagement wäre es wohl kaum zu der Errichtung des Gedenksteines gekommen.

Dank Dir, Bua, so nennen wir ihn, für Deinen Einsatz für unsere Belange. Wir wissen das zu schätzen, bleibe uns noch lange erhalten, alles Gute zu Deinem Geburtstag! Dank auch Deiner lieben Frau Ritschi, die so manchen Abend wegen Deiner amtlichen Tätigkeit alleine verbringen mußte. H. St.

Polizist stahl Auto

Unter dem Vorwand, er sei betrunken, hat ein Polizist in Brünn einem Autofahrer die Wagenschlüssel weggenommen und das Auto selbst benutzt. Wie die Zeitung „Pravo“ kürzlich in Prag schrieb, hatte der betroffene Autobesitzer nach einem Monat zufällig den gestohlenen Wagen entdeckt. Das Auto habe zwar ein anderes Kennzeichen gehabt, dennoch habe er es wiedererkannt und die Polizei eingeschaltet. Der Polizist, der den Ermittlungen zufolge den gestohlenen Wagen zusammen mit einer Kollegin für Privatfahrten genutzt haben soll, wurde

vom Dienst suspendiert. Er wird sich wegen Diebstahls und Amtsmißbrauchs vor Gericht verantworten müssen.

SCHON ABONNIERT?

Sudetepost

Die sudetendeutsche Zeitung,
DIE NICHT SCHÖNFÄRBT!

Zum hundertsten Geburtstag von Wenzel Jaksch am 25. September

Der Mann aus dem Böhmerwald

Es schien, als ob das Schicksal Wenzel Jaksch einen ebenso steilen wie steinigen Weg zugeordnet hätte. Er begann ganz unten: „Wir waren bettelarm“, bekannte er im Kreise enger Mitarbeiter, „zum Kirchgang trug ich, wann immer es möglich war, meine Schuhe in der Hand, zog sie im Gottesdienst an, um danach wieder barfuß nachhause zu gehen“.

Wenzel Jaksch war ein echtes Böhmerwaldkind, das am 25. September 1896 in Langstrobnitz / Bezirk Kaplitz das Licht der Welt erblickte. Er erhielt den Namen des böhmischen Landespatrons Wenzel. Mit neun Jahren verlor er seine Mutter, mit sechzehn den Vater. Es reichte nur für den Besuch der Volksschule, von 1910 bis 1916 war er Maurer in Wien. Die letzten beiden Kriegsjahre war er Soldat an der Piavefront.

Seine politische Heimat fand er sehr früh in der sudetendeutschen Sozialdemokratie. Anfang 1920 wurde er zur Leitung des „Zentralverbandes der Kleinbauern und Häusler“ berufen, auf dem Parteitag in Karlsbad trat er als jüngster Redner im gleichen Jahr an der Seite des Volkstumsführers Josef Seliger den Spaltungsversuchen der Kommunisten entschieden entgegen. Schon ein Jahr später begann er das politische Erbe Josef Seligers zu wahren, der sich im Kampf gegen die Kommunisten verzehrt hatte und allzu früh ins Grab gesunken war. Diesmal (1921) auf dem Parteitag in Tetschen erkannte er in der Fehlgeburt des tschechischen Staates den Volksfeind: „Wenn alles Bemühen vergebens sein sollte, in diesem Staat zu gesunden nationalen und politischen Verhältnissen zu gelangen, wenn unser guter, ehrlicher Wille an dieser Mauer des Unverständnisses scheitern sollte, die der Chauvinismus aufgerichtet hat, dann kann wohl die Zeit kommen, da wir unsere Kraft dafür einsetzen müssen, diesen Staat, in dem wir nicht leben und nicht sterben können, zu zertrümmern“, rief er aus.

Sein publizistisches Talent war sehr groß; er

schrrieb viele Sozialreportagen, wurde 1921 Redakteur der „Volkszeitung“ in Komotau, um anschließend die Redaktion des Parteiorgans „Sozialdemokrat“ in Prag zu übernehmen (1924). Im Jahr 1924 wurde er auch Mitglied des Parteivorstandes, 1929 Parlamentsabgeordneter. Wahlbezirk war das deutsche Hinterland von Pilsen, was ihn auch in steigendem Maße dazu befähigte, sich mit nationalen Fragen zu beschäftigen. Die Kenntnis der tschechischen Sprache eignete er sich in einem Schweizer Sanatorium 1932/33 an, wo er wegen einer schweren Erkrankung weilte.

Auf dem Parteitag von Brünn wurde Jaksch 1935 zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Die Machtübernahme durch den Nationalsozialismus in Deutschland 1933 hatte indessen die politische Landschaft in Mitteleuropa grundlegend verändert. Jaksch sah die Gefahr schon früh. In Brünn forderte er: „Wir brauchen eine Erneuerung des sozialistischen Weltbildes... Es klafft eine Lücke in unserer Theorie, und das ist die Anwendung des sozialistischen Wissens auf die Psychologie der Völker.“

Ihn bewegte bereits die nationale Komponente, die er in seinem Buch „Volk und Arbeiter“ (1936) ansprach: „Noch ist der tiefste Sinn dieser größten aller Menschheitstragödien (des Ersten Weltkrieges) nicht enthüllt... So viele Parteien, so viele Meinungen, und darin spiegelt sich die geistig-seelische Entfremdung der beteiligten Völker und die politische Zerrissenheit Europas.“ Jaksch war bereits ein europäischer Politiker geworden, und mit dem ihm eigenen Durch- und Weitblick bemerkte er: „So erfordert die Überwindung der europäischen Verkrampfung den Sieg eines neuen Denkens, den Durchbruch der Erkenntnis von der nationalen, von der europäischen und Weltbedeutung des Sozialen als Ausgangspunkt, Inhalt und Vollendung höheren menschlichen Seins.“ Damit nahm er das Godesberger Programm der SPD vorweg.

1936 proklamierte Wenzel Jaksch zusammen mit dem Parteivorsitzenden des Bundes der Landwirte, Gustav Hacker, und dem Abgeordneten der „Deutschen Christlichen Volkspartei“, Hans Schütz, eine jungaktivistische Bedeutung; Sekretär war Willi Wanka, enger Mitarbeiter von Jaksch in Prag. Ihr Ziel war es, von der tschechischen Regierung die Anerkennung als zweites Staatsvolk und die Überwindung des Minderheitenstatus zu erreichen. Die Ergebnisse waren völlig unzureichend, weil die Tschechen politisch blind waren.

In wiederholten Reisen nach Paris und London versuchte Jaksch in den Jahren 1937/38, das Sudetenproblem einer demokratischen Lösung entgegenzuführen, im März 1938 wurde er zum Parteivorsitzenden der sudetendeutschen Sozialdemokratie gewählt. Endlich erzwang Prag gewisse Zugeständnisse, doch das Münchener Abkommen vom 29. September 1938, das Deutschland die sudetendeutschen Gebiete zusprach, machte sie hinfällig. Wenzel Jaksch bereitete nun die Emigration von 5000 NS-Gegnern und Juden aus der Rest-Tschechoslowakei vor, er selbst floh über die Beskiden nach Polen und gelangte von dort über Schweden nach England. Seine Bemühungen, dort in Verhandlungen mit Beneš zu einer Vertragslösung der tschechisch-sudetendeutschen Frage zu gelangen, scheiterten schließlich am Deutschenhaß der tschechischen Seite. Die Volksvertreibung nahm ihren tragischen Lauf.

Beschämend war, daß es Prag glückte, die Alliierten zu bewegen, Wenzel Jaksch erst vier Jahre nach Kriegsende die endgültige Einreise nach Deutschland zu gestatten. Auf Empfehlung Kurt Schumachers wurde er 1950 in den SPD-Parteivorstand berufen. In den Jahren 1950 bis 1953 war er Leiter des „Hessischen Landesamtes für Vertriebene und Flüchtlinge“, danach Mitglied des Deutschen Bundestages bis zu seinem Ableben am 27. November 1966.

Im Februar 1958 wurde sein Standardwerk „Europas Weg nach Potsdam – Schuld und

Schicksal im Donaauraum“ veröffentlicht. In diesen Jahren wuchsen die Spannungen zur SPD, aus der er austrat, wenngleich das von Erich Ollenhauer nicht angenommen wurde. Im Juni 1961 erfolgte die einstimmige Verabschiedung des „Jaksch-Berichtes“ durch den Bundestag. Am 21. April 1963 ernannte ihn das Park College in Parkville (Missouri) zum Doktor der Rechte honoris causa. Im März 1964 wurde er zum Präsidenten des „Bundes der Vertriebenen“ gewählt. Unablässig geistig-politisch wirksam, veröffentlichte er im Februar 1965 die Studie „Westeuropa – Osteuropa – Sowjetunion (Perspektiven wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten)“, die 1966 eine überarbeitete Auflage erlebte. Zu seinem Geburtstag am 25. 9. 1966 wurde ihm das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

In Wenzel Jaksch ehrt die Nachwelt einen großen Mann, der aus der Armut kam, aber der Stimme des Gewissens folgte und zu einem Sucher und Kämpfer, Patrioten, Europäer und Staatsmann wurde. Kurt Werner (KK)



Wenzel Jaksch (1896–1966)

Als die Deutschen ins Land geholt wurden...

Als Einleitung zum gegenständlichen Thema möge eine Stellungnahme des Beratungsausschusses des Synodenrats der Böhmisches (richtig der Tschechischen) Brüder der Evangelischen Kirche in Tschechien dienen aus den Jahren 1993 bis 1995. Darin heißt es: „Wir wissen, daß deutsche Siedler sich seit dem Mittelalter auf Einladung der tschechischen Herrscher in den böhmischen Ländern niederließen, um bei der Förderung des Landes mitzuhelfen,

Von Dipl.-Ing. Otto Eberhard

zu der sie auch ohne Zweifel beitrugen...“ Weiter wird richtigerweise festgestellt, daß diese Siedler, aus heutiger Sicht die Vorfahren der Sudetendeutschen, im neuen Land ihre legitime Heimat fanden und daß die Hussitenbewegung kein Affront gegen die Deutschen, sondern ausschließlich ein religiöser Konflikt war, der dann leider in kriminelle Bahnen abgeglitten ist. Siehe Raubzüge des tschechischen Heerführers Žižka bis zur Ostsee. Leider wurde in diesem Zusammenhang nicht die Schlacht am „Weißen Berg“ angeführt, als der katholische Habsburger Ferdinand II. 1621 den protestantischen deutschen „Winterkönig“ Friedrich von der Pfalz aus Prag vertrieben hat. Auch das war nur ein religiöser Konflikt, der später von der tschechischen Propaganda als ein Krieg der Deutschen gegen die Tschechen umgedeutet wurde. Soweit also die Erklärung des tschechischen Evangelischen Synodenrates, die allerdings die geschichtlichen Probleme grundsätzlich nur erwähnen, ohne sie näher zu untersuchen oder gar zu erklären. Abgesehen von der Überschrift, die die Vertreibung 1945 als eine harmlose „Aussiedlung“ definiert, bedient man sich beinahe einer sachlichen Darstellung. Um jedoch die genannten geschichtlichen Probleme tatsächlich offenzulegen, bedarf es einer objektiven Klarstellung des Sachverhaltes, völlig frei von chauvinistischen Tendenzen. Im folgenden soll dies geschehen.

Böhmen ist ein geographischer Begriff, oft genannt die „Böhmische Festung“ aber-niemals

eine ethnische Einheit. Eine eher flache Mitte, umgeben von vier Bergketten. In der vorchristlichen Zeit wechselten oft die Bewohner (Illyrer, Kelten, Markomannen), nur von den Bayern blieb der Name Böhmen übrig. In der Zeit der Völkerwanderung war der böhmische Kessel vor dem Einfall der asiatischen Reitervölker nur dünn besiedelt. Erst als die Hunnen nach dem 5. Jahrhundert abzogen, blieben ihre Hilfsvölker – die Slawen – zurück. Unter anderem auch die Tschechen im böhmischen Raum. Aber ursprünglich als Bewohner der flachen Steppen am Kaspischen Meer blieben die Tschechen in der böhmischen Ebene, zogen nie in die gebirgigen Ränder, die im wesentlichen dem heutigen Begriff Sudetenland entsprechen, und dadurch blieben die spätgermanischen Bewohner dieser Randgebiete von den Slawen unbehehellig. Dieser Zustand blieb etwa stabil bis in die Zeit der K.u.k. Monarchie. Eine Gewaltänderung trat nach dem Frieden von Versailles ein, als die tschechische Soldateska mit Waffengewalt das Sudetenland in die neugegründete Tschechoslowakei „heimgeholt“ hat. Diese brutale Annektion geschah auf Grund einer gefälschten und erlogenen geschichtlichen Manipulation. Tatsächlich war das Sudetenland nie ein von den Tschechen besiedeltes Gebiet, ausgenommen von einigen tschechischen „Gastarbeitern“, die sich dort in den letzten fünfzig Jahren der k.u.k. Monarchie als Industriearbeiter niedergelassen haben. (Glas, Bergbau, Textilindustrie). Die Behauptung, daß das Sudetenland zu Böhmen gehört, kann nur geographisch gedeutet werden, ethnisch sind es zwei ganz verschiedene Teile. Das Sudetenland mit Militärgewalt einem Retortenstaat Tschechoslowakei anzugliedern, war eine kriminelle Handlung.

Die tschechoslowakischen Geschichtserzähler reden sehr oft von einem „Hereinholen der Deutschen in das Land Böhmen“ durch die tschechischen Herrscher. Das klingt sehr großartig, muß aber mit Rücksicht auf den Inhalt richtig gedeutet werden. Die Unterscheidungsmerkmale einer Volksgruppe im Mittel-

ter waren immer wieder der Stand (Leibeigener, freier Bürger oder Adeliger), der Beruf (Bauer, Handwerker, Kaufmann) und die Religion. Niemals aber die Nationalität, die zu dieser Zeit keine Rolle spielte. Eine Einladung der tschechischen Herrscher zu einer Ansiedlung in Böhmen richtete sich immer wieder an die Handwerker und Kaufleute, diese waren gefragt und gesucht, völlig ohne Rücksicht auf ihre Nationalität. Daß ausgerechnet die Deutschen die besten Handwerker und Kaufleute waren, steht auf einem anderen Blatt. Die Beweise dafür sind zahlreich. Die Bergbaustädte Iglau, Kuttenberg, Mies, die Handwerksstädte Prag, Königgrätz, Pilsen, Brünn und noch mehrere, soweit sie an schiffbaren Flüssen lagen. Ausgenommen entlang der Elbe spielten die Randgebiete des Landes Böhmen (die Sudetenländer) dabei gar keine Rolle und sie werden von den tschechischen Geschichtsschreibern nicht einmal erwähnt. Auch verständlich, nachdem dort Tschechen nie angesiedelt waren. Die heutige politisch manipulierte Erklärung der Tschechen, man habe die Deutschen ins Land Böhmen „gerufen“, muß von einem geschichtlich nicht informierten Leser so aufgefaßt werden, als hätten die Tschechen der deutschen Nation gnadenhalber gestattet, im tschechischen Land Böhmen das Quartier aufzuschlagen. Die Wirklichkeit schaut allerdings anders aus. Böhmen war in dieser Zeit ein Teil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation (und nicht der Tschechischen Nation), ins Land hat man nach beinhalten Profitüberlegungen und nach dem heutigen Sprachgebrauch die „Professionisten“ geholt, wobei die Grenzgebiete (Sudetendländer) vollkommen ausgeklammert waren, weil diese bei Bedarf und automatisch aus den angrenzenden Ländern Österreich, Bayern, Sachsen und Schlesien bevölkerungsmäßig versorgt wurden.

Als man 1918 die günstige Zeit gekommen sah, annektierte man das nie tschechisch gewesene Sudetenland und 1945 wurde eine radikale Methode durchgezogen. Vertreibung von 3,5 Millionen und Mord und Totschlag an einer Viertelmillion. Das letzte könnte einmal als die

„Tschechoslowakische Mordlösung“ in die Geschichte eingehen. Man wollte einfach der alleinige Herr im geschenkten eigenen und vergrößerten Haus sein und diejenigen, die 2000 Jahre daran gearbeitet haben, hat man kaltblütig verjagt oder erschlagen.

Die Wahrheit kam vom Himmel...

Aufregung im westböhmischen Grenzgebiet, an der Grenze von Tschechien zu Deutschland: Vom Himmel regnete es Ende September – die Wahrheit: Flugblätter, auf denen die Vertreibung der Sudetendeutschen aus der ehemaligen Tschechoslowakei als „Massenmord“ bezeichnet wird. Nach Angaben der Prager Tageszeitung „Mlada fronta Dnes“, die darüber unter Berufung auf die Polizei berichtete, wurden die Flugblätter mit kleinen Luftballons ausgesetzt. Zunächst war unklar, ob die Ballons aus Deutschland gekommen seien oder ob es sich „um eine Provokation aus dem Inland“ gehandelt habe.

Auf den Flugblättern steht nach Angaben der Zeitung folgender, in gebrochenem Tschechisch und mit vielen grammatischen Fehlern geschriebener Text: „Vor 50 Jahren wurden die Sudetendeutschen völkerrrechtswidrig aus ihrer ursprünglichen Heimat vertrieben. Zum Opfer dessen wurden drei Millionen Sudetendeutsche. Außerdem wurden 250.000 dieser Landsleute totgeschlagen, was in der Geschichte der Menschheit ein in den Himmel schreiendes Verbrechen darstellt.“

Ein Polizeisprecher erklärte, man ermittle in dieser Frage nicht. Die Polizei habe nur Kopien des Flugblattes angefertigt, die auch den deutschen Kollegen übergeben worden seien.

45 JAHRE ALPENVEREINSSEKTION NEUGABLONZ-ENNS:

Die Geschichte der Gablonzer Hütte

Die Gablonzer Hütte oberhalb der öö. Fremdenverkehrsgemeinde Gosau ist wohl vielen Österreichern und ausländischen Urlaubern ein Begriff. Unzählige Wanderer haben hier im Sommer ein reizvolles Ziel gefunden, unzählige Schifahrer schätzen die winterliche Pracht auf der Zwieselalm. All das wäre nicht möglich gewesen ohne den Einsatz der Gablonzer, genauer: der Alpenvereinssektion Neu-Gablonz in Enns, die im September ihr 45-Jahr-Jubiläum beging. Im folgenden bringen wir

Von Richard Jäkel

Auszüge aus einem Bericht, den der erste Vorsitzende von Neu-Gablonz, Richard Jäkel, aus Anlaß des 25-Jahr-Jubiläums verfaßt hatte.

1902 wurde der Alpenverein Gablonz in Böhmen gegründet und im Laufe der Zeit entwickelte er sich zu einem bedeutenden Verein. Das alljährliche Ziel war eine Alpenfahrt und einige Tage Bergerleben. Nur wenigen war es damals möglich, diese Reise mitzumachen, war doch die Anreise aus unserer Heimat Nordböhmen im Sudetenland allein 300 bis 400 Kilometer weit und die Verkehrsmittel sehr dürftig. Die Vorstandsmitglieder der Sektion waren damals schon länger auf der Suche nach einem Stützpunkt, nach einer Hütte in einem passenden Gebiet. 1932 ging der Vorsitzende der Sektion, Ing. Oskar Redlhammer, mit seiner Frau und dem Bergführer Wallner auf den Dachstein. Da fielen die Worte des Bergführers: „Da drüben steht ein unfertiges Haus zum Verkauf, das wäre doch etwas für Euch!“ Die Hütte wurde von dem Bauern Matthias Höhenegger aus Gosau erworben. Der neue Stützpunkt und Eigenbesitz war trotz schlechter Zeiten Ziel und Ausgangspunkt für viele Alpenfahrten. Der hereinbrechende Krieg änderte alles. Für die Daheimgebliebenen war die Hütte unerreichbar.

1945 fiel die Hütte bis zur weiteren Entscheidung unter die Verwaltung des Liquidationsausschusses über deutsche Hütten der amerikanischen Militärregierung. Im Sommer 1946 trat als guter Vermittler unser Kontaktmann und Werber Adalbert Hinz auf den Plan. Er war es, der gute Verbindungen zu der Militärregierung suchte und gute Verbindungen zu den Treuhändern aufnahm; denn er hatte sein Domizil in Vöcklabruck und war bereits Alpenvereinsmitglied bei dieser Sektion. Als ehemaliger Spitzenfunktionär des HDW (Hauptverband deutscher Wintersportler) in der alten Heimat sah er es als Hauptziel, den Gablonzern in Österreich und in der Bundesrepublik die Hütte in Besitz zu erhalten. Das konnte nur durch Werbung von Gablonzern zur Sektion Vöcklabruck geschehen, um damit zu dokumentieren, daß AV-Mitglieder hier waren, die Anspruch auf die Rückgabe der Gablonzer-Hütte haben.

Der Sektionsvorsitzende des AV Vöcklabruck, Schulrat Holinetz, ließ es sich nicht nehmen, hier mitzumachen und vor allem zu helfen, an der Gablonzer Hütte die größten Schäden zu beheben und zu versuchen, die Hütte wieder einigermaßen in Ordnung zu bringen.

Im Juli 1946 wurde Frau Ruschp, die Pächterin, gekündigt und nach den Worten von Schulrat Holinetz sah die Hütte „wie ausgeplündert“ aus. Sogar die Seile der Materialbahn fehlten. Am 1. Juli 1947 übernahm das neue Pächterehepaar Hans und Maria Mayerhofer die Hütte, die erst einmal instandzusetzen war und mit Inventar aufgefüllt wurde. Nach dem Tod ihres Mannes, am 6. August 1951, führte Frau Mayerhofer die Bewirtschaftung allein weiter. Inzwischen hatte der Großteil der Gablonzer Landsleute, die durch die Zwangsaussiedlung aus ihrer angestammten Heimat nach Österreich verschlagen wurden, in Losensteinleiten bei Wolfers, Oberösterreich, eine Bleibe gefunden. Seit Anfang 1946 kämpften sie um ihre Existenz, mit dem unerschütterlichen Glauben an die alten Erfahrungen und Kenntnisse der Schmuckherstellung im Rahmen einer zu gründenden Genossenschaft und einigen Erzeugungsbetrieben, neu aufzubauen.

In dieser Zeit kam der Aufruf des Adalbert Hinz, doch wieder Mitglied des Alpenvereines zu werden und der Sektion Vöcklabruck beizutreten, welche die Hütte treuhänderisch verwaltete. Das waren die Tage, als die ersten dreizehn, bei denen auch ich war, Mitglied des Österreichischen Alpenvereines wurden.

Von diesem Zeitpunkt an halfen wir dem tatkräftigen Schulrat Holinetz und Baumeister Hable bei allen ihren Vorhaben, die Hütte wie-

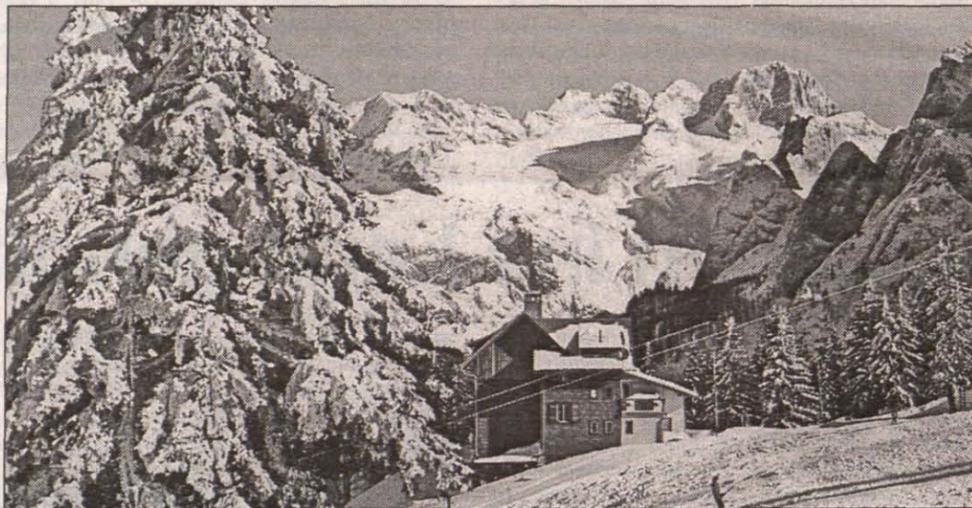
der instandzusetzen. Leider war es dem Vorsitzenden des ehemaligen Alpenvereines Gablonz nicht mehr gegönnt, mitzumachen. Ing. Oskar Redlhammer verstarb im Februar 1947.

Die im Raume Kaufbeuren / Allgäu ansässig gewordenen Gablonzer gründeten 1950 eine neue Sektion des deutschen Alpenvereines mit dem Namen „Gablonz“. 1951 kam es zu den ersten Annäherungsversuchen beider Gruppen, um den Besitz der Gablonzerhütte zu klären und vor allem, wo nur irgendwie möglich, den Anspruch geltend zu machen.

Unsere Industriegruppe, die in Losensteinleiten eine neue Existenz aufgebaut hatte, suchte nun nach einer dauernden Bleibe und übersiedelte zum Jahreswechsel 1950 / 1951 nach Enns in die ehemalige Kaserne an der alten Steyrerstraße. Es dauerte nicht lange, wurde auch hier mit dem Bau verschiedener Siedlungshäuser in unmittelbarer Nähe begonnen. Nachdem wir auf diese Weise in den Ortsgruppenbereich der Sektion Linz gelangt waren und sich in Enns seit Jahren die Ortsgruppe des AV Linz befand, versuchten auch wir mit ihnen engeren Kontakt zu finden. So ergab es sich, daß im September 1951 die Gründung einer neuen Ortsgruppe, „Neu Gablonz“, mit dem Sitz in Enns, erfolgte.

Mit dieser Ortsgruppenbildung erreichten wir eine eigene Verwaltung und vor allen Dingen eine bessere Zusammenarbeit mit dem Deutschen Alpenverein, Sektion Gablonz in Kaufbeuren.

Drei Dinge trachteten wir kurzfristig zu erreichen: Als erstes war es die Übernahme der Hütte in eigene Verwaltung, zum zweiten die dringenden Reparaturen auf der Hütte fortzu-



Die Gablonzerhütte: Im Sommer und im Winter ein Erlebnis.

setzen und so die Hütte wieder in tadellosen Zustand zu bringen. Drittens hatten wir die Durchführung einer Spendenaktion, und zwar in Form von Bausteinen, zur Beschaffung der notwendigen Geldmittel geplant. Die erste Spendenaktion erbrachte spontan S 12.170.-. Mit diesem Geld wurde vor allen Dingen einmal die Hütte außen mit Karbonoleum gestrichen, Stall und Schuppen neu mit Dachpappe eingedeckt und vieles andere mehr repariert. Am Beginn des Jahres 1953 wurde die Westseite auf der Hütte neu aufgezimmert und teilweise mit Eternitplatten abgedeckt.

Weiters wurde die Hütte viermal verseilt, um gegen Stürme geschützt zu sein. Die Kellerdecke bzw. der Boden des Vorräumens war bedenklich durchgefaut und so wurde eine neue Kellerdecke aus Eisenbeton eingezogen und mit Bodenbelägen versehen. Ebenso mußte die Wasserleitung instandgesetzt werden, die Türen, Fenster und die Fensterläden wurden neu gestrichen. 1954 wurde die Hütte mit einer großen Blitzschutzanlage versehen. Eingang, Vorhaus, Toiletten sowie in der Küche die Ofenumrandung wurden mit Klinkerziegeln erneuert.

An dieser Stelle sei unserem guten Träger Franz Mörschbacher, mit seinem Mulli und dem Pferd Liesl gedankt, der außer dem Proviant auch Zement und das Baumaterial, welches laufend benötigt wurde, transportierte und das jahraus jahrein.

Die Tagesbesuchszahlen auf der Hütte stiegen, so daß wir 1955 bereits 3051 Tagesbesucher und 1873 Nächtigungen aufweisen konnten. Der Winterbesuch wurde mit 473 Nächtigungen bzw. Tagesbesuchern beziffert.

Eine Nachricht erregte uns besonders freu-

dig: „Eine Regelung über die Eigentumsverhältnisse der Hütte ist in absehbarer Zeit zu erwarten, die mit den Bestimmungen des Staatsvertrages eng in Zusammenhang steht.“ Damit gab es für beide Gruppen einen Lichtblick, doch etwas zu erreichen.

Durch die Auflösung der sudetendeutschen Vereine bestand keine Rechtsnachfolge mehr, daher mußte versucht werden, die Ausscheidung aus dem Bestandsvertrag für treuhänderisch verwaltete Hütten zu erreichen, denn wir waren noch immer nicht die Eigentümer der Hütte. Die erste diesbezügliche Sitzung und Besprechung mit unseren Kaufbeurer Kameraden fand am 29. September 1956 in Salzburg statt. Am 29. Oktober 1958 waren beide Sektionen zu einem Gegenseitigkeitsvertrag bereit und der Übergabevertrag wurde vom Verwaltungsausschuß Innsbruck an beide Sektionen ausgehändigt. Damit hatte die Treuhänderschaft ein Ende und unser Treuhänder Ludwig Fischer wurde entlastet.

Nun waren beide Sektionen je zur Hälfte Besitzer und Verwalter der Hütte. Dieses Zustandekommen verdanken wir in erster Linie Hofrat Dr. Martin Busch und Schulrat Holinetz, die jedoch beide diesen Vertrag nicht mehr erleben konnten.

Die Übernahme der Hütte war jedoch vorher durch ein Naturereignis ernstlich gefährdet: Am 4. Juli 1957 erhielten wir die Nachricht von einem Waldbrand größeren Ausmaßes und mußten feststellen, daß von der Stuhlalm ausgehend ein Brand entstanden war, der den großen Donnerkogel mit seinem wunderbaren Latschenbestand zur Gänze gefährdete. 250 Gosauer und zirka 900 Helfer aus dem Bereich

und Ziegel von Gosau wurden mit unserer Materialeilbahn transportiert. Täglich wurden 40 bis 45 Fahrten durchgeführt. Ein Großteil der Mitglieder verbrachte seinen „Erholungsurlaub“ mit Bauarbeiten auf der Hütte. Durch das gute Einvernehmen mit der DAG war es möglich, schwere und große Baubedarfs Güter mit der Hilfseilbahn zu transportieren.

Durch die unermüdete Arbeit der vielen Helfer und des Maurerteams der Fa. Ing. Stecker stand im Herbst der Rohbau. Die DAG arbeitete den Winter durch, so kam es zur ersten Winterbewirtschaftung der Hütte, da die Arbeiter in der Gablonzer Hütte Quartier bezogen.

Im Frühjahr 1968 wurden Ennsener Firmen mit folgenden Aufträgen betraut: Fa. Harter, Tischlerarbeiten und Inneneinrichtung, Fa. Bachmayr, Spenglerarbeiten, Fa. Kronberger, Elektroanlagen sowie die Fa. Kneidinger mit allen Installationsarbeiten. Weiters wurde die alte Hütte renoviert und in ihren Anlagen erweitert. Diese Arbeiten erforderten viel Geld und so mußte ein neuer Bürgeskredit in der Höhe von S 400.000.- bei der Volksbank Enns aufgenommen werden, der durch Mitglieder der Sektion gedeckt wurde. Am 6. Juli 1968 wurde die DAG- „Gosaukambahn“ sowie unsere Hütte, die inzwischen auch fertig war, eröffnet und eingeweiht. Bundespräsident Franz Jonas und Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleißner kamen mit vielen Ehrengästen auf unsere Gablonzer Hütte und erwiesen uns die Ehre ihres Besuches. Es war ein Erlebnis für uns alle.

Im Winter kamen die ersten Schifahrer im größeren Ausmaß. Nach all den Jahren der Arbeit konnten wir uns am Schifahren erfreuen und im Frühjahr auch Bergfahrten durchführen. Die Jugend wurde immer aktiver.

Nicht nur bei Bergfahrten, Wanderungen und dergleichen, sondern auch bei Wegausbesserungen, Markierungen, Bau einer Kläranlage und eines Seifenabscheiders stellte sie ihren Mann. Die Abrechnung des An- und Ausbaues ergab, daß wir zwei Millionen Schilling aufgewendet hatten. Nur das Vertrauen des ÖAV und des DAV sowie ihre Beihilfen und Darlehen ermöglichten uns dieses Vorhaben.

Wieder gab es einen Sondereinsatz beider Sektionen. Es mußte für das Stromkabel, für die Ersatzwasserleitung und das Telefonkabel von der Hütte bis zur Seilbahn-Bergstation ein Schacht gegraben werden. Alle drei Einheiten wurden in einem Graben verlegt. Die „Gosaukambahn“ beförderte im ersten Jahr ihres Bestehens über 100.000 Personen in unser Gebiet, dementsprechend war auch der Besuch in unserer Hütte.

Die Gablonzer Hütte heute:

Der derzeitige Hüttenwart, Karl Jentsch, hat neue Probleme zu bewältigen: Es gab die Aufgabe der Behörde, die bestehende Wasserversorgungsanlage zu sanieren. In diesem Zuge sollte zusätzlich eine neue Quelle erschlossen und in den Bestand eingebunden werden. Mit den zwei vorhandenen Quellen konnte besonders im Winter der Wasserbedarf nicht gedeckt werden. Zusätzlicher Wasserankauf von der Gosaukambahn um teures Geld war daher notwendig. Anlässlich der Fertigstellung der Wasserversorgungsanlage und des Abwasserkanals fand am 22. September 1996 bei der Gablonzer Hütte ein Festakt statt. Zur Erhaltung und zum Betrieb einer Alpenvereinshütte sind ständig Investitionen notwendig. Zubau 1991/92: Vergrößerung der Schlafräume, Errichtung eines Jugendraumes, Terrasse, Fensteraustausch im Jahre 1994. Errichtung eines Müllsammel- und Trennraumes, ein weiterer Schritt, um die Hütte umweltgerecht zu betreiben. Weitere Vorhaben in den nächsten Jahren: Küchensanierung, Heizungsumbau.

Im kommenden Winter werden wir mit einem großen Problem, der Einstellung der Gosaukambahn, angeblich aus Wirtschaftlichkeitsgründen, konfrontiert. Durch einen zusätzlichen Sessellift im unteren Bereich der Talabfahrt soll der Gondelbetrieb im Winter geschlossen werden. Da aber die Doppelseilbahn II nicht für Fußgängerbetrieb zugelassen ist, wird die Zwieselalm für Spaziergänger, aber auch für Schianfänger, nicht mehr erreichbar sein. Weiters ist es aus Witterungsgründen (Sturm) oft notwendig, den Liftbetrieb zur Gänze einzustellen. Diese geplante Sperre bringt nicht nur für uns als Betreiber, sondern für die gesamte Region enormen Schaden, da dadurch die Infrastruktur des Gebietes zerstört ist.

Sand aus Aussee, Bauteile von Ischl, Zement

Werden Sie OEAV-Mitglied!

Vorteile der OEAV-MITGLIEDSCHAFT: ERMÄSSIGUNG

Bis 60 Prozent Nächtigungsermäßigung in 540 Alpenvereinshöhlen im In- und Ausland. Mit der Hüttenmarke um öS 10,- haben Sie ebenfalls bis zu 60 Prozent Ermäßigung auf weiteren zweihundert Schutzhütten der Naturfreunde, des Tourismusclubs, des Alpenclubs sowie weiteren alpinen Vereinigungen. Vorausbestellungen von Schlafplätzen sind nur durch Mitglieder statthaft. Außerdem haben Sie Anspruch auf eine Schlafplatzzuteilung vor Nichtmitgliedern.

VERSICHERUNGSSCHUTZ

Der jährlich einbezahlte Mitgliedsbeitrag ist die Garantie für einen weltweiten Versicherungsschutz bei Freizeitunfällen für Alpenvereinsmitglieder. Günstiger kann man derzeit wohl nicht unfallversichert sein.

ERMÄSSIGUNG BEI VERKEHRSMITTELN UND BEHERBERGUNGSBETRIEBEN

Als Mitglied der Sektion Neugablonz-Enns erhalten Sie bei bestimmten Buslinien Fahrpreisermäßigungen (ein Verzeichnis der Buslinien liegt in unserer Geschäftsstelle auf). Weiters gewähren diverse Lift- und Seilbahngesellschaften Ermäßigungen auf ihre Beförderungstarife.

Eine Reihe von privat geführten Gast- und Beherbergungsbetrieben (OEAV-Vertragshäuser) gewähren Alpenvereinsmitgliedern einen Nachlaß auf den jeweiligen Nächtigungspreis (ein Verzeichnis ist in unserer Geschäftsstelle).

LEIHSTELLE FÜR ALPINE AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDE; KARTEN UND FÜHRER

Als Mitglied unserer Sektion können Sie zu ermäßigten Leihgebühren viele alpine Ausrüstungsgegenstände sowie Karten und Führermaterial ausborgen.

KOSTENLOSE ALPINBERATUNG UND TOURENVORSCHLÄGE

Unsere alpinen Fachleute sind Ihnen sehr gerne bei der Ausarbeitung ihres Tourenprogrammes behilflich. Weiters können wir Ihnen gerne Tourenvorschläge zur Verfügung stellen.

ALPINE AUSBILDUNG UND TOURENFÜHRUNGEN

Durch Ihre Mitgliedschaft haben Sie die Möglichkeit, das reichhaltige Angebot der OEAV-Bergsteigerschule sowie unser eigenes Programm in Anspruch zu nehmen.

Die OEAV-Sektion Neugablonz Enns hat ihren Sitz in Enns. Das Vereinslokal befindet sich in Neugablonz 6, 4470 Enns. Die Geschäftsstelle ist Montag (werktags) von 18.30 bis 20.00 Uhr geöffnet. Telefon: 0 72 23 / 23 21, Fax: 0 72 23 / 57 51.

GABLONZERHÜTTE: Pächter: Franz Posch, Telefon: 0 61 36 / 84 65, Fax: 0 61 36 / 84 65

Stadträtselfwanderung

Auch heuer laden wir wieder zur Stadträtselfwanderung in Wien am Samstag, 26. Oktober (Staatsfeiertag) recht herzlich ein. Diese Veranstaltung, die heuer zum 7. Mal stattfindet, wird bei jedem Wetter durchgeführt! Start- und Treffpunkt ist um 9 Uhr beim Schottentor am Außenring (auf der Votivkirchenseite, oben am Ring – nicht im Durchgang) bei der Haltestelle der Straßenbahnlinien 2, 43 und 44! Die Rätselfwanderung kann entweder zu Fuß, mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder zum Teil mit dem PKW durchgeführt werden. Die Teilnahme erfolgt paarweise (eine Mannschaft umfaßt zwei Personen, eine höhere Anzahl ist nicht erlaubt). Jedermann kann daran teilnehmen, es gibt keinerlei Altersbeschränkung – im Vorjahr war der älteste Teilnehmer über 70 Jahre alt und war überaus begeistert. Jede Zusammensetzung der Paare ist möglich, zum Beispiel Vater / Tochter, Oma / Enkel, Freund / Freundin usw.

Um uns bei der Organisation ein wenig zu helfen, ersuchen wir Sie um rechtzeitige Anmeldung – schriftlich (Postkarte) – bei uns oder persönlich bei den Jugendfunktionären (natürlich ist auch eine Nachmeldung am Start möglich). Selbstverständlich können und sollen auch die Freunde und Bekannten teilnehmen (jedweden Alters und auch nichtsudetendeutscher Herkunft) – jedermann ist gerne gesehen! Alles in allem soll es ein wenig Spaß bereiten, das Wissen um Wien ein wenig ergänzen usw. Ein gemütliches Beisammensein mit einer Siegerehrung und kleinen Preisen beschließt diese Rätselfwanderung. Wir dürfen auch Sie und Dich sehr herzlich erwarten und begrüßen.

Ihre SDJ-Landesjugendführung
Wien, Niederösterreich u. Burgenland,
1180 Wien, Kreuzgasse 77/14

Klosterneuburger Nachlese

Wie in jedem Jahr fand im September in Klosterneuburg das Heimattreffen der Sudetendeutschen statt. Bemerkenswert daran war, daß das, was wohl viele der Anwesenden erwartet haben, nicht zur Sprache kam: unser Schicksal und unsere Zukunft. In der Hauptrede hielt Bundesminister Fasslabend einen geschichtlichen Rückblick unter dem Titel: „Tausend Jahre Österreich und die Sudetendeutschen.“ Er berichtete über das Zusammenleben beider Völkergruppen in diesem Land, das ja sehr oft nicht ungetrübt war. Daher eine kurze Ergänzung:

Germanische Stämme waren zuerst in diesem Raum, die teilweise weggezogen. Es kamen aus dem Osten slawische Völkergruppen. Durch böhmische Könige wurden zum Aufbau der Städte, des Bergbaus, von Handel und Gewerbe und zur Rodung der unwirtschaftlichen Gegenden Deutsche herbeigeholt. Fühlten sich die Tschechen aber stark genug, dann bekämpften sie die Deutschen, mordeten oder vertrieben sie. Wie oft gab es in diesen Jahrhunderten Aufrufe, die Deutschen doch zu vertreiben oder die Verwendung der deutschen Sprache zu verbieten. Im vergangenen Jahrhundert wurde die Tschechisierung deutscher Gegenden, besonders durch den tschechischen Schulverein, der viele Mittel zur Verfügung hatte, durchgeführt. Daß etwa 24 Prozent der Tschechen um die Jahrhundertwende deutsche Namen hatten, wie dies ein tschechischer Historiker ausführt, beweist dies wohl zur Genüge.

Nicht erwähnt wurde, daß aus diesem jahrhundertlangem Zusammenleben für Österreich eine rechtliche und moralische Verpflichtung erwuchs, sich für unser Schicksal einzusetzen. Über unsere Zukunftsaussichten wurde nicht gesprochen. Was wird geschehen? Werden unsere Rechte etwaigen Zielen für die Zukunft Europas geopfert? So hat es den Anschein, wenn man die Ausführungen kompetenter Politiker vernimmt.

Auf Unrecht und Völkermord kann aber Europa nicht aufgebaut werden. Es stört, wie es scheint, niemanden, daß die rassistischen Beneš-Dekrete weiterhin bestehen und die verantwortlichen Politiker in unserem Nachbarland weder an eine moralische, geschweige denn an eine materielle Wiedergutmachung denken.

Man hört wohl von einem Nazi-Goldschatz in der Schweiz und in anderen Ländern, der zur Wiedergutmachung der NS-Opfer verwendet werden soll, aber daß den Sudetendeutschen kollektiv Vermögenswerte von mehr als 200 Milliarden DM geraubt worden sind, bekümmert mit Ausnahme der Betroffenen niemanden. So wird ein Völkermord zur Kenntnis genommen und legalisiert. Wäh-

Tribüne der Meinungen

rend Priebke nach wie vor in Haft ist, laufen die Mörder, soweit sie noch am Leben sind, frei herum, denn deren Schandtaten wurden durch eines dieser Beneš-Dekrete für „rechters“ erklärt. Warum wurden diese Beneš-Dekrete von keinem der Redner erwähnt? Plaketten sind dafür zu wenig.

So entsteht eine Zwei-Klassen-Gesellschaft der Opfer, die eine, die bevorzugt ist, bekommt im Rahmen des Möglichen eine moralische und materielle Wiedergutmachung, die anderen aber, die Opfer der für Demokratie und Menschenrechte kämpfenden Sieger wurden, sollen mit ihrem Schicksal zufrieden sein und doch endlich einmal Ruhe geben. Ist das ein Fundament für ein geeintes Europa?

Mag. ph. W. Katzwendel, A-3003 Gablitz

Heiliges Jahr?

Eigentlich dachte ich, das „Heilige Jahr“ ist erst im Jahr 2000 – aber so hektisch und unrationale überbetont unsere Regierung in Bonn sich den tschechischen Wunschräumen bisher unterwirft, muß offensichtlich das „Heilige Jahr“ mit politischer Pflichterfüllung unter Zeitdruck im Jahr 1996 krampfhaft erzwungen werden. Das ist nicht gut, denn diese sogenannte „Schlußstrich-Erklärung“ ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt politisch völlig unwichtig, unnötig und daher auch so unglaubwürdig. Wir alle wissen doch, wie schnell Verträge gebrochen werden: Da ist oft nicht einmal die Tinte auf dem Papier trocken – schon ist der Vertrag außer Kraft gesetzt. Wie wertlos wird da erst eine sogenannte „Schlußstrich-Erklärung“ in der Realität sein, noch dazu, wenn diese über die Köpfe der Betroffenen (wieder einmal) hinweg bisher geschaffen wird?

Anläßlich des Deutschen Historikertages vom 17. bis 20. September 1996 in München hat Prof. Rudolf Vierhaus, Vorsitzender der gemeinsamen deutsch-tschechischen Historikerkommission, in seinem Vortrag unter anderem wörtlich verkündet: „SCHLUSSSTRICHE IN DER GESCHICHTE GIBT ES NICHT.“ Bei so unwichtigem Drohnenfließ in Bonn für diesen „Schlußstrich“ möchte man fast den Eindruck gewinnen, es gäbe in Deutschland derzeit nichts Wichtigeres zu bearbeiten – aber leider ist das überhaupt nicht der Fall. Oder beschäftigen sich vielleicht unsere Politiker so gerne mit Nebensächlichkeiten, um Wichtiges zu kaschieren?

Die Tschechoslowakische Republik wurde

im Jahr 1918 gegründet – die sogenannten geschichtlichen Fragezeichen dazu seien ausnahmsweise einmal nicht erläutert. Aus historischer Sicht ist die Zeitspanne 1918 bis 1996 ein Katzensprung an Erfahrungswerten in Außenpolitik wie in eigenem inneren Staatsgeschehen. So können Sudetendeutsche doch nichts dafür, daß nach dem „Prager Frühling“ an die zwanzig Jahre politisch-menschliche Funkstille – „von drüben“ gesteuert – existierte! Außerdem ist es eine mathematische Tatsache, daß beim Teilen immer kleinere Einzelteilen herauskommen. Eine angeblich neu aufgekommene „Schwächehysterie“ im Bewußtsein der Tschechen zum „großen“ Deutschland fußt entweder auf mathematischer Unkenntnis oder ist ein neuer slawisch-raffinierter Schachzug für politische Sonderwünsche. Hüten wir uns, von unserer eigenen Jugend zuviel zu fordern, vor allem, wenn es um weitere deutsche Geldforderungen geht (siehe neue Belastungen bei einem EU-Beitritt von Tschechien z. B.). Prozentuale Hochrechnungen in Wahrscheinlichkeits-Märchenwünschen zu Zahlen der Volksgruppenvertretung – oder nicht – sind sehr gefährlich!

Will niemand aus der Geschichte lernen? Angeblich wird man doch aus Erfahrung klug. Will niemand klug werden? Vielleicht kommt das „Heilige Jahr“ doch erst im Jahr 2000?
Sigrid Mittendorfer-Windisch,
80798 München

Warum geheim?

In einer Rede vor dem Deutschen Bundestag am 14. Juni 1996 hat der Außenminister erklärt, daß Deutschland den Wunsch der Tschechischen Republik nach Beitritt zur EU und zur NATO ohne Bedingungen unterstützt.

In einem an mich persönlich gerichteten Brief teilt mir das Auswärtige Amt mit, daß die Verhandlungen mit der Tschechischen Republik geheim geführt und ich dafür Verständnis haben soll. Nun: Dafür habe ich absolut kein Verständnis. Ich bin auch der Meinung, daß Versöhnung nicht dekretiert werden kann, sie muß von Volk zu Volk unter Beziehung der Jugend erfolgen. Ich habe in dieser Sache auch Bundeskanzler Dr. Kohl geschrieben, worin ich gefragt habe, ob Tschechien die völkerrechtliche Konvention zum Schutze der Menschenrechte und der Grundfreiheiten unterfertigt habe. Offenbar nicht.

Josef Kleißl, 65329 Breithardt

Leserbriefe stellen grundsätzlich persönliche Meinungen dar und müssen nicht der Meinung der Redaktion und des Herausgebers oder der SLÖ entsprechen.

Bilderausstellung

In der Zeit vom 27. September bis 25. Oktober 1996 findet in Linz, Untere Donaulände 10, eine Bilderausstellung zum Gedenken an **Rudolf Heizmann**, Schüler des besonders den Krummäuern bekannten **Prof. Felix Schuster**, über Landschaften, Stilleben, Blumen in Aquarell und Mischtechnik statt.

Wir empfehlen unseren Landsleuten den Besuch der Ausstellung, stellt sie doch eine Verbindung zu unserer geraubten Heimat dar.

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 10 bis 19 Uhr, Samstag von 10 bis 13 Uhr.

Buchpräsentation

von Prof. Konsulent **LEOPOLD WANDL**

Am 12. November 1996, im Landeskulturzentrum Ursulinenhof, Kleiner Saal, 1. Stock. – Beginn 20 Uhr. Musikalische Umrahmung: Volkstanzgruppe Böhmerwald.

Veranstalter:

Verband der Böhmerwälder in OÖ. – Sudetendeutsche Landsmannschaft Oberösterreich und die Volkstanzgruppe Böhmerwald.

Herausg. des neuen Buches: Denkmayr Verlag.

Buchtitel: „VON ZEIT ZU ZEIT.
Erlebtes – Erlauschte – Erforschtes“

Die Totenandacht der Heimatvertriebenen

wird am Allerheiligentag, am Freitag, dem 1. November 1996, um 15 Uhr, in der Wiener Augustinerkirche, der Kirche der Heimatvertriebenen, von Hochwürden Geistlicher Rat P. Jordan Fenzl OSA, dem neuen Pfarrer von St. Augustin, gehalten. Wir laden dazu ganz herzlich ein. Die Augustinerkirche wird seit Juli d. J. generalrenoviert, so daß für den Gottesdienst derzeit nur der Chorraum vor dem Hochaltar benützt werden kann. Es werden jedoch genügend Sitzplätze vorhanden sein und es schadet auch nicht, wenn wir etwas zusammenrücken müssen. Das Gotteshaus ist nur über das Konventsgebäude zugänglich, der Eingang befindet sich in der Augustinerstraße 3 und ist durch Hinweistafeln gekennzeichnet. Die Niederlegung von Kränzen an den Stufen zum Chor ist nicht möglich. Wir werden uns daher mit einem einzigen gemeinsamen Kranz begnügen müssen, zumal das Ablegen der Kränze vor dem Christinendenkmal ebensowenig möglich ist, wie der Besuch der Loretokapelle. Wir bitten um Verständnis.

Seminar auf Burg Hohenberg

Die Grenzlandbildungsstätte Burg Hohenberg, Postfach 24, 95691 Hohenberg an der Eger, bietet aufgrund der großen Nachfrage im Herbst ein weiteres Seminar an:

Vom 3. bis 8. November 1996: Tschechen und Deutsche auf dem Weg zu einer guten Nachbarschaft? – Bestandsaufnahme und Perspektiven.

Das Jahr 1995 hat in den deutsch-tschechischen Beziehungen sehr unterschiedliche Entwicklungen angestoßen. Die verhaltene Euphorie nach den versöhnlichen Worten des tschechischen Staatspräsidenten Havel im Jänner 1990 ist verflogen. Wie soll es weitergehen? Eine wirksame (sudeten-)deutsche Politik sollte Motive und tschechische Interessenlage, die innenpolitische Situation in der CR sowie reale Möglichkeiten und Perspektiven in die eigene politische Zieldefinition und Erwartungshorizontanalyse einbringen. Das Seminar nimmt eine Bestandsaufnahme vor und fragt nach Perspektiven für eine gute Nachbarschaft.

Tagungsbeitrag: DM 120,-

Seminarsprache: Deutsch.

Teilnehmer: Interessenten aus Deutschland und Tschechien.

Leitung: Martin Hübner.

Neuer Prior und Pfarrer in St. Augustin

Am 1. September 1996 hat Geistlicher Rat P. Jordan Herbert Fenzl OSA sein Amt als Rektor von St. Augustin angetreten und wurde am 15. September im Hochamt durch Generalvikar Msgr. Helmut Schüller als Pfarrer feierlich installiert.

Der neue Pfarrherr wurde am 13. August 1930 in Roßhaupt bei Tachau im Egerland geboren. Seine Studienorte waren Mies bei Pilsen, Weiden in der Oberpfalz, Münsterstadt und Würzburg, wo er am 21. Juli 1957 die Priesterweihe empfing. In den Augustinerorden ist er im Jahre 1952 eingetreten. Seit seiner Priesterweihe war er in verschiedenen Häusern des Ordens als Kaplan, Jugendseelsorger, Internatsleiter, Lehrer an Volks- und Hauptschulen und fast 20 Jahre am Gymnasium tätig. Über 18 Jahre wirkte er als Pfarrer von Günzburg-Riedhausen, am Bischöflichen Ordinariat in Augsburg bekleidete er 14 Jahre lang das Amt des Diözesan-Vertriebenen-seelsorgers. Nach mehrmaligen Aufenthalten im Wiener Konvent ist uns P. Jordan kein Unbekannter. Wir wünschen ihm ein gutes Beginnen und mit Gottes Hilfe ein segens- und erfolgreiches Wirken in Wien.

Sein Vorgänger, P. Johannes Steinbach OSA, ist mit der Leitung einer Pfarre in Stuttgart betraut worden. Auch ihm wünschen wir einen guten Einstand an seinem neuen Wirkungsort und Gottes Segen. Für das gute Einvernehmen, das er mit uns gepflogen hat, sagen wir ein herzliches „Vergelt's Gott!“ H.

Adventsingen

Der seit Jahren sehr beliebte „Sudetendeutsche Advent mit Adventsingen“ – eine schöne kulturell-besinnliche Veranstaltung – wird heuer am Samstag, dem 23. November, im Haus der Begegnung, Wien 6, Königsegg-Gasse Nr. 10, durchgeführt. Beginn ist um 16 Uhr, Einlaß ab 15.30 Uhr.

Wir laden Sie, Ihre werte Familie, Ihre Bekannten und Freunde, die mittlere und junge Generation, die Kinder usw. recht herzlich ein – gehen Sie mit uns in einer besinnlichen Stunde in den Advent! Der Eintritt ist frei, Spenden werden zur Deckung des Aufwandes erbeten. Platzreservierungen sind erwünscht – wenden Sie sich bitte an die Bundesgeschäftsstelle der SLÖ, Wien 1, Hegelgasse 9 (Montag bis Freitag von 9.30 bis 11.30 Uhr, Telefon 512 29 62).



Kulturverein Südmährerhof

Starker Besuch und leidenschaftliche heimatpolitische Debatten kennzeichneten den Vereinsabend am 9. Oktober, zu dem der Obmann auch wieder Landsleute aus Deutschland begrüßen konnte. Zunächst wurden jedoch Personennachrichten bekanntgegeben und vor allem die Oktobergeburtstage beglückwünscht: Karl Graßl, Dr. Ewald Heinrich, Sylvia Habel, Rudi Elsinger, Marie Bruckner, Hans Hausenbiegel, Gerhard Topolanski, Irmgard Feigerl, Dkfm. Hans Swoboda, Maria Lerch und Dr. Franz Roth. Wolfgang Oberleitner berichtete über eine Broschüre, in welcher Prof. Dr. Novacek die Rolle der kommunistischen Partei bei der Vertreibung relativiert, worauf der Obmann auf die jüngste Auseinandersetzung mit der Nikolsburger Wochenzeitung „Hlas Palavy“ zu sprechen kam und seinen Antwortbrief verlas, in dem er die entsprechenden historischen Richtigstellungen vornahm. Gleichzeitig beklagte er, angesichts der immer frecher werdenden Argumente aus Tschechien, die kraftlose Argumentation der Landsmannschaft. – Der jüngste Beitrag von Dr. Walter Becher in der „Sudetendpost“ hätte klar aufgezeigt, daß es sich nicht um ein Restproblem des Zweiten Weltkrieges handelt, sondern um die Mitte Europas, die mit derartigen Defiziten in juristischer, ethisch-moralischer und gesellschaftlich-demokratischer Hinsicht keinen verlässlichen Partner der Völkergemeinschaft abgeben kann. Es sei bedauerlich, daß die landsmannschaftlichen Funktionäre diese schwerwiegenden Tatsachen den Politikern nicht begreiflich machen. Desgleichen hätte längst eine Beseitigung der „Rechtswegunterbrechung“ bei der BRD hinsichtlich Entschädigung erkämpft

werden müssen, wie im Gutachten Ermacoras empfohlen wurde. Die Bundesregierung könne leicht die Rechte der Sudetendeutschen verschonen, weil es sie nichts kostet. Es folgte ein Bericht über den zweiten Teil der Südmährerenportage im ORF 2 vom 5. Oktober mit dem Titel: „Znaimer Land“, die im allgemeinen positiv zu beurteilen ist. Am 7. Oktober erfolgte die Dachdeckung des Bibliotheksneubaus am Südmährerhof. Der körperliche Einsatz der Aktivistengruppe einschließlich der Vorstandsmitglieder sei zu loben. Am 1. November wird eine Delegation einen Kranz an der Friedhofsgedenkstätte in Nikolsburg niederlegen. Die Jahreshauptversammlung für 1996 ist am 8. Jänner 1997 vorgesehen.

Thaya

Unsere nächsten Zusammenkünfte im November sind: am Freitag, dem 1., um 15 Uhr: Totengedenken in der Augustinerkirche, 1010 Wien und am Mittwoch, dem 27., um 15 Uhr: Monatsversammlung im Restaurant Wienerwald, Märzstraße 1, 1150 Wien. – Wieder haben wir einen Todesfall zu beklagen: Unsere Landsmännin Maria Bacher, geb. am 29. 3. 1904 (Höflein / Thaya), Kr. Znaim, verstarb am 13. September 1996.

Zwittauer und Mülglitzer in Wien

Unfall: Zu unserem großen Bedauern müssen wir vermelden, daß unser geschätzter Obmann, Herr Direktor Karl Fördinal und seine Gattin auf der Fahrt zum Semmering einen Autounfall erlitten haben. Während unsere liebe Susi in häusliche Pflege entlassen werden konnte, mußte unser Obmann zwei Wochen mit einem doppelten Bruch des linken Knöchels im Unfallkrankenhaus zubringen. Nun befindet er sich zu Hause und ist auf dem Wege der Besserung. Alle Landsleute wünschen ihrem Obmann baldige Genesung und freuen sich auf das Wiedersehen beim nächsten Heimatabend. – Mit vielen herzlichen Wünschen für unsere Geburtstagskinder gratulieren wir und senden beste Grüße. Geburtstag haben: Frau Elisabeth Kaupe (Hohenstadt), 82 Jahre am 10. 11.; Herr Franz Findeis (Laubendorf), 88 Jahre am 14. 11.; Frau Gertrude Bastl (Zwittau), 75 Jahre am 16. 11.; Herr Walter Cechak (Znaim), 60 Jahre am 17. 11.; Frau Margit Heindl, geb. Ettl (Zwittau), 89 Jahre am 18. 11.; Herr Ing. Harry Otto (Zwittau), 70 Jahre am 27. 11.

Waltraut Herwei

Mähr. Ostrau-Oderberg, Friedek und Umgebung

Unser nächster Heimatnachmittag findet am Samstag, dem 9. November 1996, wie immer ab 16 Uhr, bei Smutny, Elisabethstraße 8, 1010 Wien, statt. Von unserer anfangs Oktober stattgefundenen Frauentagung gibt es Beachtliches zu berichten. – Heute schon möchte ich den bei unserem Nachmittag am 9. November d. J. stattgefundenen Dia-Vortrag unseres Lm. Seidler bekanntgeben. Lm. Seidler ist Ihnen von vielen Vorführungen bestens bekannt und auch im November wird er uns wieder ein Stück Heimat vor Augen führen. Sein Vortrag findet nach der Hauptversammlung statt, bei der der gesamte Vorstand neu gewählt wird. – Advent und Weihnachtsen wollen wir gemeinsam am 14. Dezember erleben. Ich würde mich freuen, Sie und auch Freunde der Heimatgruppe bei uns begrüßen zu können. Gäste sind immer gerne gesehen. Wie ich merke, sind viele über unser Schicksal nicht richtig informiert; wir können sie bei den Heimabenden aufklären, was 1915 wirklich geschah. – Den Geburtstagskindern, die nicht zu uns kommen können, gratuliere ich auf diesem Weg herzlich. Ihr J. v. Etthofen

Mährisch-Trübauer in Wien

Zu unserem ersten Heimatabend nach den Sommerferien trafen wir einander am 19. September. Obmann OProk. Franz Grolig begrüßte die Landsleute recht herzlich und gab seiner Freude Ausdruck, alle so gesund wiederzusehen. Besonders freuten wir uns, daß uns Dipl.-Ing. Maurer mit seiner Gattin aus Münster bei ihrem Kulturaufenthalt in Wien wieder besuchte. Grüße bestellten wurden vom Ehepaar Schrömmner, Frau Dr. Christa Grolig, Frau Luzie Langer, dem Ehepaar Zecha, Frau Oly Keller und dem Ehepaar Brauner. Die besten Geburtstagswünsche ergingen an DDr. Floridus Röhrig (4. 9. 1927), Frau Dr. Christa Neubauer (10. 9. 1944), Med.-Rat Dr. Herwig Tuppy (12. 9. 1925), Frau Olga Keller (14. 9. 1922), Frau Hilde Wybiral (15. 9. 1913), Frau Komm.-Rat Maria Jorda-Merkel (16. 9. 1924), Frau Monika Olschansky (17. 9. 1941), Frau Herta Wagner (28. 9. 1935) und an Frau Therese Kögler, geb. Habermann (28. 9. 1912). Zu Beginn des allgemeinen Teiles sprach der Obmann rückblickend über den gut gelungenen Schönhengster Heimattag in Göppingen und gratulierte Prof. Franz Negrin zur Verleihung der „Walther-Hensel-Medaille“, die ihm im Rahmen des Volkstumsabends vom Obmann des Schönhengster Heimatbundes, Lm. Gerhard Müller, feierlich überreicht wurde. – Da unser Vereins-

buch bis zum letzten Blatt ausgeschrieben war, fertigte Lm. Fritz Glotzmann ein neues, ein kleines Kunstwerk, für uns an. Dafür dankte der Obmann im Namen aller Treuen. – Unsere Porstendorfer Landsleute kamen heuer zum 51. Treffen nach Staufenberg, wo unter dem Ehrenschutz des Landrates und hoher Beamter des Landes Oberhessen eine Ehrentafel über „50 Jahre Vertreibung aus dem Schönhengstgau“ enthüllt wurde. In der deutschen Landespresse wurde dieser Festakt sehr gewürdigt. – Wir gedenken heuer unseres Lm. Walther Hensel, dem Begründer der Singwoche Finkenstein, der vor 40 Jahren verstorben ist. Dazu sprach Prof. Franz Negrin sehr interessant über die Entstehung dieses denkwürdigen Ortes Finkenstein, der durch die Singwochen der Walther-Hensel-Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg an überregionaler Bedeutung gewann. Die entsprechenden Unterlagen hatte uns Lm. Erwin Wondra, der Ortsberichterstatler der Moligsdorfer in Deutschland, dankenswerterweise zur Verfügung gestellt. Zum Abschluß warben wir für das Trübauer-Treffen vom 14. bis 16. März 1997 auf dem Heiligenhof bei Bad Kissingen, denn diese paar gemeinsamen Tage lohnen sich! – Der Sudetendeutsche Tag vom 20. bis 22. September 1996 in Klosterneuburg war zwar, wie so vieles im heurigen Sommer, verregnet, aber doch ein großer Erfolg. Aus nah und fern waren viele Landsleute angereist, um unsere Zusammengehörigkeit zu dokumentieren. Der Höhepunkt dieses Tages jedoch war der Festzug mit den bunten Trachten und den vielen Fahnen. Sein Ziel war das Kriegerdenkmal auf dem Sudetendeutschen Platz in Klosterneuburg, wo wir in gebührendem Rahmen unserer Toten gedachten. Anschließend fand das große Treffen in der Babenberger Halle statt, die bis zum letzten Platz besetzt war. Nach den Begrüßungsworten des Obmannes der SLÖ und der Parteienvertreter, trat Bundesminister Dr. Werner Fasslabend an das Rednerpult. Als Landsmann und Festredner sprach er mit viel Herzlichkeit und Überzeugungskraft zu uns, was von den Landsleuten mit besonders lang anhaltendem Beifall belohnt wurde. Darüber berichteten die Medien diesmal recht objektiv.

Gertrude Irlweck

Kuhländchen

Der erste Heimatabend nach den Ferien am 6. September erbrachte wider Erwarten einen überaus guten Besuch, trotzdem doch viele Landsleute leider vergeblich noch den Spätsommer genießen wollten. Vieles gab es nach der langen Sommerpause zu erzählen und vor allem die diversen Orts- und Heimattreffen standen im Mittelpunkt der Erörterungen. Mehr als vollzählig waren wir dann aber beim Kirmesheimatabend am 4. Oktober versammelt und die Kirmes übte, so wie daheim, an diesem Festtag ihre Anziehungskraft aus. Und der Rahmen war auch dementsprechend. Die Frauen hatten wieder Kirmesküchlein und leckere Bäckereien, fast möchte man sagen in Unmengen gebacken und spendiert, die Tische waren festlich mit Blumen und Obststellern dekoriert und der Obmann wies gleich in seiner Einleitung darauf hin, daß wir wieder einmal Kirmes wie daheim im Kuhländchen und Odeberge auch nach mehr als 50 bis 60 Jahren noch zu feiern vermögen. Und er kam auch auf die Kirmesbräuche in der alten Heimat zu sprechen, mit den herbeigeströmten Verwandten und Freunden, vom Kirchgang über das opulente Mittagessen, über die Freude der Kinder an diesem festlichen Ereignis, auf die Spendebedürftigkeit der Erwachsenen aus diesem Anlaß und bei der Erwähnung des abendlichen Kirmestanzes als Abschluß erinnerten sich alle Junggebliebenen an diese unvergessene Zeit daheim. Ein heimatliches Gemeinschaftslied über die schönen, aber auch „Gorschtigen Maiden“ von anno dazumal ließen selbige Erinnerungen bei allen aufkommen. Nachher ging er dann auch auf den Heimattag in Klosterneuburg ein, der auch diesmal trotz des Wetters ein voller Erfolg war und dankte seinen Landsleuten für die überaus rege Beteiligung, denn auf den Kuhländler Tischen hatten kaum alle Platz. Besonders hob er dabei die Festansprache unseres Lm. Dr. Fasslabend hervor, der in einer freien und brillanten Rede nicht nur die geschichtliche Entwicklung des sudetendeutschen Siedlungsraumes beleuchtete, sondern auch die tragische Entwicklung seit 1918 bis zu unserer unseligen Vertreibung nach 1945 und dem uns damit zugefügten Unrecht anprangerte. Nach der Ansprache des Obmannes war dann aber der Abend mit kirmesmäßigem Treiben bei reichlich gedeckten Tischen und einem guten Trunk ausgefüllt und fand seinen Höhepunkt, als fünf anwesende Geburtstagskinder in unserer Mitte ihren 75. Festtag feiern konnten. Und alle gingen zu später Stunde mit dem Gefühl nach Hause, in unserer Gemeinschaft einen Kirmesabend erlebt zu haben, der noch lange in ihrer Erinnerung fortleben wird. – Nachdem unser nächster Heimatabend auf den Allerheiligen-Tag fällt, findet diesmal ausnahmsweise dieses Zusammentreffen bereits am Donnerstag, dem 31. Oktober, in unserem Vereinslokal statt, wobei uns Lm. Klaus Seidler wieder mit einem Diavortrag, diesmal über das Südmährerland, erfreuen wird. Bitte diesen Termin vormerken!

Sudetendeutsche Frauen Wien, NÖ., Bgld.

Bei unserem Treffen am 8. Oktober im Café Monopol, Florianigasse 2, 1080 Wien, fehlte infolge Erkrankung ein beachtlicher Teil der sonst immer Anwesenden. Der Oberkellner sagte mir, daß in Zukunft ein Reservieren des für uns so geeigneten Raumes nicht gewährleistet werden könne. Bei unserem nächsten Beisammensein am 12. November wollen wir alles Nähere besprechen und ich bitte daher um besonders guten Besuch. Im „Haus der Heimat“, das vor der Fertigstellung steht, werden wir in einiger Zeit unser Zuhause finden. Lesen Sie bitte den Artikel Mährische Ostrau, vielleicht sind auch Sie am Dia-Vortrag von Lm. Seidler interessiert. Ich freue mich auf ein Wiedersehen. Ihre J. v. Etthofen



NIEDERÖSTERREICH

Mistelbach

Am Samstag, dem 19. Oktober 1996, findet in Mistelbach unser 25. Heimattreffen statt. Sozusagen ein Jubiläum. Wir treffen uns erstmalig im Pfarrzentrum St. Martin. In einem Haus, das lebt, einem Kommunikationszentrum, entsprechend dem Motto im Foyer: „Gott baut ein Haus, das lebt.“ Das Pfarrzentrum St. Martin befindet sich im Zentrum von Mistelbach, gegenüber vom Banabitenkloster, Marienplatz 2. Wir treffen uns um 14 Uhr. Wir sehen einen wunderschönen Lichtbildervortrag über das Riesengebirge. Unser Landesobmann berichtet uns Aktuelles über die momentane sudetendeutsche Lage. Wir laden Sie alle recht herzlich ein. Elisabeth Hauck



OBERÖSTERREICH

Verband der Böhmerwäldler in OÖ.

Todesfall: Unser Mitglied Frau Rosa Libisch, geb. Schäfer, Direktorswitwe, geb. am 6. 2. 1910 in Budweis, verstarb am 16. September 1996 im 87. Lebensjahr in Linz. Sie wurde am 24. September 1996 auf dem St.-Barbara-Friedhof in Linz zur letzten Ruhe geleitet. Verbandsobmann Josef Wiltschko nahm an der Beerdigung teil. Unser aufrichtiges Gedenken gilt einer heimattrauen Böhmerwäldlerin.

Vöcklabruck

Unser letztes Treffen war so gut besucht wie schon lange nicht. Der Obmann brachte bei der Begrüßung seine besondere Freude darüber zum Ausdruck. Mit Bedauern stellte er fest, daß laut Bericht in der „Sudetendpost“ nun auch der deutsche Bundeskanzler Kohl von seiner bisherigen Linie abgewichen sei. Leider wird daran kaum noch etwas zu ändern sein. – Den Oktober-Geburtstagskindern wurden beste Wünsche ausgesprochen. Spezielle Wünsche und ein kleines Präsent wurden unserer Kassierin zum Fünfziger übergeben. Ganz besondere Wünsche galten unserer Lm. Sprinzl zum Achtziger! Sie wurden durch Übergabe eines Präsentes und allgemeinen Applaus liebevoll unterstrichen. Schließlich wurde noch auf Kosten der Vereinskasse mit einem Glas Wein auf das Wohl aller im 3. Quartal Geborenen angestoßen. Weiters wurde mitgeteilt, daß die Vorbereitungen zum Sauschädelessen, dank der Organisationsfreude unserer Ulli, soweit gediehen sind, daß wir dieses am Mittwoch, dem 23. Oktober, seit längerer Zeit wieder einmal genießen können. Stattfinden wird dieses Ereignis im gleichen gemütlichen Lokal, wo wir die letzte Muttertagsfeier abgehalten haben. Die Beförderung erfolgt mit Privatautos. Die Attnanger Landsleute werden um 14.30 Uhr vor dem Bahnhof in Attnang abgeholt. Die Vöcklabrucker fahren um die gleiche Zeit über Frankmarkt nach Danzenreith. – Das nächste Monatstreffen kann wieder nicht am 2. Sonntag stattfinden, weil an diesem Tag unser Extrazimmer besetzt ist. Voraussichtlich wird es am 3. Sonntag, dem 17. 11. 1996, abgehalten. Näheres wird beim Sauschädelessen mitgeteilt und in der nächsten Ausgabe der „Sudetendpost“ bekanntgegeben. Zunächst jedoch den nächsten Termin: 23. 10. 1996 nicht vergessen. HK

Freistadt

Der schon zur Tradition gewordene Herbstausflug stand heuer unter dem Motto: „Weniger Kilometer – jedoch in Österreich, Österreich ist ja nun unsere Heimat.“ Der Einladung waren 35 Landsleute und Gäste gefolgt und freuten sich auf eine gemütliche Fahrt ins obere Mühlviertel. Am Zielort Schlägl führte uns eine Studentin aus Linz durch die Ausstellung im Prämonstratenserstift. Wir erfuhren viel Wissenswertes über den Orden, die Gründung des Stiftes; bestaunten die Krypta, die Turmkapelle und die Unterkirche; bewunderten die sehens-

werte Gemäldegalerie und die Porträtgalerie von bereits verstorbenen Mitbrüdern und Äbten. Die Ausstellung Holz und Wirtschaft im Kloster zeigte uns die früheren und heutigen Erzeugnisse des Stiftes. Mit dem Gang durch die Sakristei endete die Führung in der Kirche. Wir konnten auch hier die gelungene Renovierung bewundern. Nach einer kurzen Verweilpause trafen wir uns in der neben dem Stift gelegenen Kerzenfabrik Donabauer. Bei der Führung konnten wir genau die Entstehung der geschnitzten Kerzen verfolgen. Die gebotene Einkaufsmöglichkeit wurde gerne genutzt. Nach einem gemütlichen Mittagessen im Stiftskeller ging es weiter ins Kulturhaus in Ulrichsberg. Bei der Besichtigung der Glöckelberger Stube - Oberplaner Stube - Pauline-Bayer-Stube - Glas aus dem Böhmerwald - Vom Flachs und feinen Leinen - Bauernbrot, Milch, Butter, Käse - diversen Vitrinen und Uniformen wurden bei so manchem Teilnehmer Erinnerungen an die Jugendzeit wach. Obmann Frattner begleitete uns sodann nach Schönwaldkirchlein hielten. Über Ulrichsberg ging nun die Fahrt wieder zurück nach Freistadt. Mit einer stärkenden Rast und einem geselligen Beisammensein klang der Ausflug aus. Frau Obmann-Stellvertreter Käthe Pux dankte in unserem Namen Bezirks-Obmann Hofrat Dipl.-Ing. Walter Vejvar für die Organisation und den reibungslosen Ablauf des Ausfluges sowie die gekonnte Reiseleitung. Für Ihre Mühe danken wir Ihnen herzlichst. Helga Kriegel

Veranstaltungen. - Praxiseröffnung: Viel Erfolg wünschen wir der Tochter der Eheleute Marlene und Heinz Schaar, Frau Dr. Brigitte Ehall, als Fachärztin für Augenheilkunde und Optometrie in Klagenfurt, Kardinalplatz 3. - Wir gratulieren zum freudigen Ereignis: Bei unserem Mitglied Frau Gudrun Treul (Enkelin des verstorbenen Reg.-Rates Karl Wit aus Tetschen/Völkermarkt) kam am 11. 9. 1996 ein neuer Erdenbürger namens Stefan zur Welt. Wir gratulieren den Eltern Frau Gudrun Treul und Herrn Karl Kollmann recht herzlich, wünschen dem kleinen Stefan Gesundheit, Glück und vor allem, daß er in eine friedliche Zeit hineinwachsen möge. - Vorschau auf Termine: 1. November, Totenehrung in Ebental, 14 Uhr. Adventfeier der Bezirksgruppe Klagenfurt am Sonntag, dem 8. Dezember, 14.30 Uhr - nicht wie bisher im Messerrestaurant - in Ebental, Gasthof „Lamplwirt“. Gerda Dreier



DIE JUGEND BERICHTET

JUGENDREDAKTION 1180 WIEN, KREUZGASSE 77/14

Bundesjugendführung

Ein schöner Heimattag gehört wieder der Vergangenheit an. Gott sei Dank hatte der Wettergott ein Einsehen, denn es konnte der Festzug in Klosterneuburg wie geplant durchgezogen werden. Besonders interessant waren die Ansprachen der Politiker aller drei großen Parteien und es ist zu hoffen, daß da die Wahltaktik nicht alleine für die Aussagen im Vordergrund stand. Dazu wäre das Thema „Sudetendeutsche“ viel zu sensibel. Wichtig war jedoch, daß betont wurde, daß Tschechien vor einem Beitritt zur EU gewisse Vorleistungen („Hausaufgaben“ machen) erbringen wird müssen, darauf werde man von seiten Österreichs drängen. Die Aussage von Bundesminister Dr. Fasslabend war, daß es eine Frechheit sei, die Heimatvertriebenen, im speziellen die Sudetendeutschen, in ein gewisses Eck drängen zu wollen und diese als Revanchisten zu bezeichnen. Im übrigen war die Festrede von Dr. Fasslabend von fundamentalem Wissen gekennzeichnet und er wurde auch mehrmals durch Beifall unterbrochen. Wichtig erscheint, daß das Thema Sudetendeutsche nicht vom Tisch zu wischen ist, wenn dies gerne auch manche tun wollen. Jetzt sind wir schon darauf gespannt, was die Deutsch-Tschechische Erklärung bringen wird. Eines muß den deutschen Politikern klar sein: die Obhutserklärung der Deutschen Bundesregierung vor mehr als vierzig Jahren hat noch immer Gültigkeit. Und ohne die Betroffenen sollte man eigentlich nichts unternehmen - es ist nämlich sehr leicht, als Nichtbetroffener über das Gut und Recht anderer zu entscheiden. Die Sudetendeutschen haben da schon zwei sehr bittere Erfahrungen hinter sich: 1919 in St. Germain und 1938 in München! Eine dritte Entscheidung ohne die Betroffenen sollte es eigentlich nicht geben, das sollten Herr Kohl, Kinkel und Genossen, aber auch die österreichische Bundesregierung wissen! Jetzt gilt es die Ohren und Augen offenzuhalten, damit da keine Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg getroffen werden. Es ist auch zu hoffen, daß sich viele Landsleute bei den diversen Wahlveranstaltungen aller Parteien zu Wort gemeldet und das sudetendeutsche Problem angesprochen haben, insbesondere bei EU-Wahlveranstaltungen. Denn gerade dort wäre es sehr nötig gewesen, will doch Tschechien als vollwertiges Mitglied in die EU aufgenommen werden. Behaftet mit dem Makel der Aufrechterhaltung der Benes-Dekrete wird da hoffentlich nichts zu machen sein - aber dazu müssen viele Abgeordnete im Europäischen Parlament Bescheid wissen. Es ist Aufgabe der gesamten Volksgruppe, hier aufklärend zu wirken, an EU-Abgeordnete aller EU-Mitgliedsländer zu schreiben und auf all die Probleme rund um die Aufnahme Tschechiens hinzuweisen. Klar ist, daß selbstverständlich Böhmen/Mähren und Österreich-Schlesien Teil Europas sein müssen, ist es doch dessen Herzstück. Aber für eine Aufnahme des Staates Tschechien gibt es eben gewisse Kriterien zu beachten, nicht nur für alle anderen Staaten bzw. Aufnahmewerber. Dies muß die Aufgabe aller Landsleute in nächster Zeit sein, meinen wir! - Österreichisch-Sudetendeutsches Volkstanzfest in Klosterneuburg: Nur mehr drei Wochen trennen uns vom Volkstanzfest, welches am Samstag, dem 9. November, in unserer Patenstadt Klosterneuburg stattfindet! Jedermann - gleich welchen Alters, auch die mittlere und ältere Generation sowie die Kinder - ist zur Teilnahme aufgerufen. Kommen Sie entweder in Tracht oder, wenn möglich, in ländlicher Kleidung. Die Veranstaltung findet in der Babenbergerhalle statt, Beginn ist um 18 Uhr, Ende 23 Uhr. Sichern Sie sich bitte sofort die Eintrittskarten (zum Vorverkaufspreis) und die Tischplätze - dazu verweisen wir auch auf den Aufruf im Inneren dieser „Sudetenpost“. Alle Obleute der SLÖ-Heimat- und Bezirksgruppen in Wien und Niederösterreich haben Einladungen und Unterlagen erhalten - wir dürfen sehr herzlich ersuchen, sich bei diesen zu erkundigen. Machen Sie bitte vermehrt Werbung für dieses Brauchtumsfest - mit Ihrer Mithilfe wird dieses Fest ein großer Erfolg für uns und auch für die Volksgruppe. Besten Dank für Ihre Mithilfe!

chen und ist herzlichst eingeladen! Auch Eure Freunde! Es würde uns sehr freuen, heuer wieder etliche ältere Landsleute begrüßen zu dürfen. Machen Sie bitte auch mit, es ist wirklich nicht zu beschwerlich. Die Veranstaltung findet bei jedem Wetter statt! - Terminvorschau: 1. November: Totenandacht der Heimatvertriebenen in der Augustinerkirche Wien 1, Augustinerstraße, 15 Uhr. - 9. November: Volkstanzfest in der Babenbergerhalle in Klosterneuburg - besorgt Euch dringend die Karten und Plätze! - 23. November: Sudetendeutscher Advent mit Adventsingen im Haus der Begegnung, Wien 6, Königsegg-Gasse 10, Beginn 16 Uhr. - 29. und 30. November: Weihnachtsmarkt und Buchausstellung in Wien 10, Quellenplatz. - 6. Dezember: Krampuskränzchen im Haus der Begegnung, Wien 15, Schwendergasse 41. Achtung: diesmal an einem Freitag!!! - Über all die angeführten Veranstaltungen (ausgenommen der Weihnachtsmarkt und das Krampuskränzchen) findet Ihr weitere Informationen im Zeitungsinneren!

Landesgruppe Niederösterreich

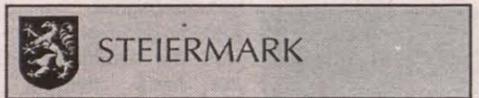
Auch wir sind zur Stadträtzelwanderung am Samstag, dem 26. Oktober (Staatsfeiertag), in Wien recht herzlich eingeladen. Diese Veranstaltung ist immer sehr interessant und man kann sehr viel von den Beziehungen Wiens zur sudetendeutschen Volksgruppe erfahren! Wer Lust hat, ist gerne gesehen. Man kann entweder zu Fuß, mit öffentlichen Verkehrsmitteln bzw. zum Teil auch mit dem Auto teilnehmen. Treffpunkt ist um 9 Uhr beim Schottentor (Grenze zwischen 1. und 9. Bezirk, am Ring, auf der Votivkirchenseite). Jedermann - gleich welchen Alters (auch ältere Menschen!) - kann daran teilnehmen; jede Mannschaft wird aus zwei Personen gebildet! - Alle Freunde und Landsleute jedweden Alters, vor allem junge Leute, sind zum Besuch des 29. Österreichisch-Sudetendeutschen Volkstanzfestes - Leopolditanz 1996 - welches am Samstag, dem 9. November, in unserer Patenstadt Klosterneuburg, in der Babenbergerhalle, von 18 bis 23 Uhr, stattfinden wird, eingeladen! Alle Freunde des Volkstanzens und des Brauchtums, alle Landsleute, die mittlere und jüngere Generation sowie auch die Kinder - es gibt ein eigenes Kindervolkstanz mit einer eigenen Vorführung - sind zum Mitmachen aufgerufen! - Mehr über die beiden genannten Veranstaltungen erfährt man aus den Ankündigungen in dieser „Sudetenpost“!

Landesgruppe Tirol

Die Weihnachtsfeier der SL-Gruppe Kufstein wird natürlich schon jetzt vorbereitet. Wie schon seit Jahrzehnten macht dies unsere Kameradin Frau SR Gerda Hahn, Adolf-Pichler-Straße 6, 6330 Kufstein. Wer noch mitmachen will, möge sich so rasch als möglich bei Gerda melden. Es wird sicher wieder eine sehr stimmungsvolle und beeindruckende Feier werden. Schon jetzt möchten wir dazu einladen!

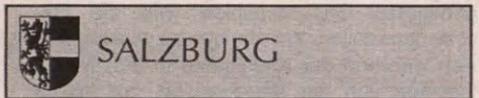
Arbeitskreis Südmähren

Nach einem sehr interessanten Heimabend mit einer Tonbildschau und Quiz freuen wir uns schon jetzt auf die kommenden Veranstaltungen, zu denen wir alle Mitglieder und Freunde recht herzlich einladen: Samstag, 26. Oktober (Staatsfeiertag): Stadträtzelwanderung in Wien! Treffpunkt ist um 9 Uhr beim Schottentor (Außenring, auf der Votivkirchenseite), bei der Straßenbahnhaltestelle Linie 2, 43 und 44! Man kann mit öffentlichen Verkehrsmitteln, mit dem Auto oder zu Fuß teilnehmen. Eine Mannschaft besteht aus zwei Personen, mehr ist nicht gestattet. Übrigens: Das Alter der Teilnehmer ist völlig egal, dies auch für die Zusammenstellung der Paare (Großvater / Enkel, Freund / Freundin usw.). Kein Nenngeld - und es gibt kleine Preise zu gewinnen, die bei einem gemütlichen Beisammensein an die Sieger (und das sind eigentlich alle Teilnehmer) vergeben werden! - 1. November: Totenandacht der Heimatvertriebenen in der Augustinerkirche in Wien 1, Augustinerstraße, um 15 Uhr! Auch wir sollten unserer Toten gedenken. - Samstag, 9. November: Österreichisch-Sudetendeutsches Volkstanzfest in der Babenbergerhalle unserer Patenstadt Klosterneuburg! Dies ist eigentlich ein „Muß“ für alle Trachtenträger, für alle Freunde des Volkstanzens und des Volks- und Brauchtums! Es wird bestimmt ein schönes Fest: Nehmt dazu auch Eure Freunde und Bekannten mit und sichert Euch sofort die Eintrittskarten und die Tischplätze (siehe dazu die Vorankündigung im Zeitungsinneren!). - Die nächste Heimstunde ist am Dienstag, dem 5. November, um 19.30 Uhr, im Heim in Wien 17, Weidmangasse 9. Wir machen die vorgeschriebene Hauptversammlung, wobei Rückschau auf das vergangene Arbeitsjahr gehalten wird und die Weichen für die Zukunft gestellt werden sollen!



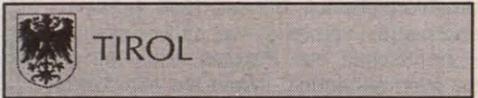
Graz

Heuer machten wir unsere Herbstfahrt ins Lavanttal. Am 25. September, leider bei Regen, fuhren wir über die Pack ins Lavanttal. Das Wetter wurde freundlicher und wir konnten uns an der wunderschönen Gegend erfreuen. In St. Paul sahen wir uns die prachtvolle Stiftskirche an, leider war die Zeit etwas zu kurz. Im Granitztal kehrten wir beim „Knödelwirt“ ein und es gab ein reichliches Mittagessen. Am frühen Nachmittag fuhren wir in die Soboth. Beim Stausee spazierten wir herum, sahen uns die Staumauer an und besichtigten im Restaurant die Anlage, die uns sehr interessierte. Von dort ging die Fahrt in den Ort Soboth und im sehr gemütlichen Gasthaus Mörth gab es eine gute Jause. Wenn das Wetter auch nicht so schön war, freuten wir uns über das Zusammensein und die Gemeinschaft. Sehr befriedigt und mit einem „Dankeschön“ für die mühevollen Arbeit des Organisierens, des Bangens um ein angenehmes Zustandekommen, verabschiedeten wir uns herzlich von unserer Organisationsreferentin Gusti Tschetschounik, besonders aber dankten wir der Stadtgruppenreferentin, unserer immer bemühten Liesl, und traten die Heimreise an. Gerhilt Hansel



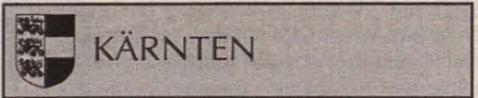
Landesverband Salzburg

Der Landesverband Salzburg sowie die Bezirksgruppe Hallein gratulieren nachträglich sehr herzlich dem Ehepaar Anna und Matthias Milles zu dem am 30. September in Hallein gefeierten Fest der goldenen Hochzeit und wünschen ihnen noch viele gemeinsame Jahre bei bester Gesundheit im Kreise ihrer Kinder, Enkel und Urenkel in landsmannschaftlicher Verbundenheit. Elisabeth Posselt



Kufstein

Totengedenken! Alljährlich gedenken wir am ersten Sonntag nach Allerheiligen der Verstorbenen beider Weltkriege, der Toten der Vertreibung und all jener Landsleute, die in der Heimat oder in der Fremde ruhen. Wir versammeln uns am Sonntag, dem 3. November 1996, um 9 Uhr, bei der Sudetendeutschen Gedenkappelle.



Frauengruppe Klagenfurt

Unser nächster Nachmittag findet am Mittwoch, dem 13. November 1996, um 14.30 Uhr, im „Landhausrestaurant“ in Klagenfurt, Heiliger-Geist-Platz, statt. - Ein Nachtrag: Bei unserem ersten Frauennachmittag nach der Sommerpause am 11. September im Haus Süd-mähren in Mieger überreichte Frauenreferentin Gerda Dreier Lm. Hans Wodny das Ehrenzeichen der Sudetendeutschen Landsmannschaft mit Urkunde für langjährige und hervorragende Dienste für Heimat und Volksgruppe. Lm. Hans Wodny trägt seit Jahren mit Stolz unsere sudetendeutsche Fahne bei den verschiedenen

BESTELLSCHEIN FÜR DIE *Sudetenpost*

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:
 „Sudetenpost“, Kreuzstraße 7, 4040 Linz. Telefonische Bestellung: 0 73 2 / 70 05 92.

Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!

Name: _____

Straße: _____

Plz: _____ Ort: _____ Telefon: _____

Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. - Jahresbezugspreis: Inland S 308,- (inklusive 10 % Mehrwertsteuer), Ausland: S 368,- (DM 52,50). - Postsparkassenkonto Nr. 7734.939 Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Kontonummer 0000-028.135. - Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kontonummer 89869, Blz. 74090000. - Postanschrift u. Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz. - Telefon und Fax: 0 73 2 / 70 05 92.

Redaktionsschluß

Redaktionsschluß ist jeweils am Donnerstag, acht Tage vor dem Erscheinungstermin, bis dahin müssen die Beiträge bei der Redaktion eingelaufen sein. Später eingelangte Berichte können leider nicht mehr berücksichtigt werden.

Folge 21	31. Oktober	Red.-Schluß	24. Oktober
Folge 22	14. November	Red.-Schluß	7. November
Folge 23	28. November	Red.-Schluß	21. November
Folge 24	12. Dezember	Red.-Schluß	5. Dezember

Spenden für die „Sudetenpost“

Böhm Heinrich u. Christl, A-4060 Leonding: S 42.-
 Diehl Margarethe, A-9020 Klagenfurt: S 200.-
 Fritz Anni, A-2103 Langenzersdorf: S 42.-
 Hanske Erich, A-1140 Wien: S 100.-
 Hoffmann Susanne, Mag., A-1180 Wien: S 42.-
 Schiller Elise, A-5640 Badgastein: S 192.-
 Stenzl Walter, Dr., A-8010 Graz: S 692.-
 Sturm Werner, Dkfm., A-4050 Traun: S 692.-
 Streit Gertraud, A-4600 Wels: S 150.-
 Sutter Elisabeth, A-3021 Pressbaum: S 42.-
 Theimer Ludwig, A-5020 Salzburg: S 42.-

Ausland:
 Kaufmann Therese, D-63579 Freigericht: DM 28.-
 Kleißl Josef, D-65329 Breithardt: DM 15.-

Die „Sudetenpost“ dankt allen Spendern recht herzlich!

Landesgruppe Wien

Heimstunden: Mittwoch, 30. 10. und 13. 11. (Rauhachtwanderung!), ab 19.30 Uhr, in unserem Heim in Wien 17, Weidmangasse 9 - da solltest Du auch mitmachen. Ebenso auch Ihre Enkelkinder, werte Landsleute, an sie geht dieser Aufruf, ebenfalls für die SDJÖ zu werben. - Samstag, 26. Oktober (Staatsfeiertag): 8. Stadträtzelwanderung durch Wien! Start und Treffpunkt: 9 Uhr beim Schottentor am Außenring (Votivkirche), bei der Straßenbahnhaltestelle Linie 2, 43 und 44. Die Teilnahme erfolgt paarweise, entweder mit öffentlichen Verkehrsmitteln, mit PKW bzw. zu Fuß! Jede Alterstufe - vom Kind bis zu den Großeltern, kann mitma-

Sudetenpost

Eigentümer und Verleger: Sudetendeutscher Presseverein, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf und FAX: 0 73 2 / 70 05 92, Obmann: Professor Dr. Rudolf Fochler, Geschäftsführer: Ing. Peter Ludwig, Redakteur: Professor Wolfgang Spemer. Alle in 4040 Linz, Kreuzstraße 7, Druck: LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boshstraße 29. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Jahresbezugspreis: Inland S 308,- incl. 10 % Mehrwertsteuer, Ausland: S 368,- (DM 52,50); Einzelpreis S 15,-. Postsparkassenkonto 7734.939, Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Konto 0000-028.135. Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nr. 89869, Blz. 74090000. Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz.

Papst Pius XII. und die Heimatvertriebenen

Vor 50 Jahren erreichte die Vertreibung der Deutschen aus ihren angestammten Wohnsitzen ihren Höhepunkt. Was die Potsdamer Konferenz am 2. August 1945 absegnet hatte und als humane Umsiedlung beschönigt wurde, fand vor den Augen der Welt in aller Öffentlichkeit statt: Ethnische Säuberung als Mittel der Politik. Es war Papst Pius XII., der sich damals als echter und vielleicht einziger Freund Deutschlands erwies. Immer wieder nannte er die Vertreibung ein Unrecht. In

Von Rudolf Grulich

seinem Hirtenbrief vom 11. 3. 1946 schrieb der damalige Erzbischof von Köln, Josef Kardinal Frings:

„Der Heilige Vater gab öffentliche Erklärungen ab, die gerade für uns Deutsche von größter Bedeutung sind. Er erklärte, es sei unrecht, jemand als schuldig zu betrachten, dem nicht eine persönliche Schuld nachgewiesen sei, nur deshalb, weil er einer bestimmten Gemeinschaft angehört habe. Es heiße, in die Vorrechte Gottes einzugreifen, wenn man einem ganzen Volke Kollektivschuld zuschreibe und es demgemäß behandeln wolle. Jeder Mensch habe ein Recht auf seine angestammte Heimat, und es sei ein Unrecht, ihn von dort zu vertreiben, wenn er nicht durch persönliche Schuld sich dessen unwürdig gemacht habe...“

Und es heißt weiter in dem Schreiben des Kölner Kardinals: „Der Heilige Vater weiß auch von den furchtbaren Dingen, die sich im Osten Deutschlands vollziehen, und verurteilt sie aufs schärfste.“

Wohl niemand in der Welt hat sich nach dem Zusammenbruch 1945 so als Freund der Deutschen erwiesen wie der Römer Eugenio Pacelli, der auch wie kaum ein anderer das deutsche Volk kannte. Er sprach dessen Sprache und hatte mehr als ein Jahrzehnt in Deutschland gelebt, zunächst als Nuntius in München, später in Berlin. „Mehr als zwölf der besten Jahre Unseres reifen Alters hatten wir in Ausübung des uns anvertrauten Amtes inmitten des deutschen Volkes gelebt“, sagte er dazu 1945 kurz nach Kriegsende vor den in Rom versammelten Kardinälen: „Mit der Freiheit, die die damaligen politischen und sozialen Verhältnisse boten, bemühten wir uns in dieser Zeit um die Sicherung der Lage der katholischen Kirche in Deutschland. So hatten wir Gelegenheit, die hervorragenden Eigenschaften dieses Volkes kennenzulernen und wir standen mit seinen besten Vertretern in persönlichen Beziehungen. Deshalb hegen wir auch die Zuversicht, daß es sich wieder zu neuer Würde und zu neuem Leben erheben können, nachdem es das satanische Gespenst des Nationalsozialismus von sich geworfen und nachdem die Schuldigen ... ihre begangenen Verbrechen gesühnt haben werden...“

Als Oberhaupt der universalen katholischen Kirche fühlte der Papst mit allen Notleidenden des Krieges. Er tröstete alle Opfer, aber er sah auch die Dimensionen jener Epoche, wenn er die Vertreibung von über 12 Millionen Deutschen aus ihrer Heimat „ein in der Vergangenheit Europas beispielloses Vorgehen“ nannte. „Niemand hat bisher in der Welt so nachdrücklich auch unser Recht vertreten wie unser Heiliger Vater. Seit dem Ende des Krieges ist er unablässig bemüht, dem Elend der niedergeworfenen Völker und der unglücklichen Opfer, der Heimatlosen, Vertriebenen, Verschleppten und Gefangenen abzuwehren“, schrieb kurz vor seinem Tode der vertriebene Bischof des Ermlands, Maximilian Kaller. Pius XII. hatte ihn zum ersten deutschen Vertriebenenbischof ernannt. „Vor kurzem hat er nun mich zu seinem Beauftragten für die Betreuung aller aus dem deutschen Osten und Südosten vertriebenen Katholiken bestellt.“ schreibt Bischof Kaller weiter. „Meine erste Sorge soll nach dem Wunsche des Hl. Vaters unseren Priestern sowie den Flüchtlingen in der Diaspora gelten. Des weiteren werde ich mich bemühen, alles das, was von unserer Kirche im In- und Ausland für uns Flüchtlinge getan wird und noch getan werden muß und kann, einheitlich zusammenzufassen und zu leiten. Wir danken dem Heiligen Vater für diesen Beweis seiner väter-

lichen Sorge für uns. Er steht mit seiner Liebe und mit seiner Kraft auf unserer Seite.

Leider starb Kaller bereits im Jahre 1947. Er ist in Königstein begraben, wo er die Königsteiner Anstalten als Vaterhaus der katholischen Vertriebenen mit aufbauen wollte.

Die Weltöffentlichkeit hat Aussagen der Päpste wie jene in den Sozialzyklen „*Rem novarum*“ „*Quadragesimo anno*“ bis „*Centesimus annus*“ nicht nur anerkennend aufgenommen, sondern auch studiert. Leider ist das mit den wichtigen Aussagen von Papst Pius XII. zur Vertreibung bis heute nicht der Fall. Papst Pius XII. ist oft heftig kritisiert und grundlos verleumdet worden, denken wir nur an Rolf Hochhuths Theaterstück „*Der Stellvertreter*“: Man hat dem Papst den Abschluß der Konkordates vorgeworfen, das er 1933 als Kardinalstaatssekretär in Berlin schloß. Dazu nahm der spätere Papst in einer Aussprache am 2. Juni 1945 an das Kardinalkollegium selbst Stellung und erklärte, daß „im Falle der Ablehnung die Verantwortung für alle üblen Folgen auf den Heiligen Stuhl zurückgefallen wäre“. Nicht als ob sich die Kirche ihrerseits von übertriebenen Hoffnungen hätte täuschen lassen, auch nicht, als ob sie mit dem Abschluß des Konkordates die Lehre und die Ziele des Nationalsozialismus irgendwie hätte gutheißen wollen. Dies wurde damals ausdrücklich erklärt und dargelegt. „Immerhin“, so betonte Pius XII. weiter, „muß man zugeben, daß das Konkordat in den folgenden Jahren verschiedene Vorteile brachte oder wenigstens größeres Unheil verhütete. Trotz aller Verletzungen, denen es ausgesetzt war, ließ das Konkordat tatsächlich den Katholiken doch eine rechtliche Verteidigungslage, in der sie sich verschanzen konnten, um sich von da aus, solange es ihnen möglich war, der ständigen Flut der religiösen Verfolgung zu erwehren.“

Gerade die Sudetendeutschen wissen, daß dies zutrifft, denn leider galt im Sudetenland nach dem Anschluß 1938 das Reichskonkordat nicht, auf das sich die reichsdeutschen Bischöfe bei Protesten berufen konnten.

Eugenio Pacelli war Kardinalstaatssekretär, als am Passionssonntag 1937 die Enzyklika „*Mit brennender Sorge*“ veröffentlicht wurde, die der Welt zeigen sollte, „was der Nationalsozialismus in Wirklichkeit war: Der hochmütige Abfall von Jesus Christus, die Verneinung seiner Lehre und seines Erlösungswerdens, der Kult der Gewalt, die Vergötzung von Rasse und Blut, die Unterdrückung der menschlichen Freiheit und Würde.“

Immer wieder hat der Papst nach 1945 an die Not der Vertriebenen und das Unrecht der Vertreibung erinnert. Msgr. Oskar Golombek hat die wichtigsten Aussagen und Weisungen in der Broschüre „*Pius XII. zum Problem der Vertreibung*“ zusammengestellt. So spricht der Papst in seinem Brief vom 18. Jänner 1947 an die deutschen Bischöfe vom Ernst, der Dringlichkeit und den weitreichenden Ausstrahlungen der Flüchtlingsnot, die „alles in den Schatten stellt, was die Vergangenheit selbst in ihren bewegtesten Zeiten kannte. Das Deutschland von heute ist nicht mehr das Deutschland von einst. Auf einem bedeutend verengten Boden mit der Bevölkerung seines alten Gebietes zusammengedrückt, mit einem Lebensstandard, der weit unter dem Erträglichen liegt, mit einer bis in ihre Grundfesten erschütterten Wirtschaft, mit einer durch die Völkerwanderung der aus der Heimat vertriebenen Ostflüchtlinge vollständig geänderten sozialen, politischen und seelischen Struktur, mit einem Volksgesundheitszustand, der tief unter dem liegt, was früher verantwortbar schien – um nur einige charakteristische Züge des Gegenwartsbildes zu

nennen – ist in diesem Deutschland der Nachkriegszeit eine Lage entstanden, die der kirchlichen Seelsorge und Caritas gewaltige, nur in mühseliger und weitschauender Geduld zu meisternde Aufgaben stellt.“

Der Heilige Vater traut aber den Deutschen die Meisterung dieser Aufgaben zu, denn er schreibt an die deutschen Bischöfe: „Euch, geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder, fehlt weder diese zu allen Opfern bereite Geduld, noch der auf lange Sicht ausgerichtete Unternehmungsgeist.“

Zeugnis dafür ist das, was die Ordinarien der nord-, mittel-, west- und süddeutschen Diözesen uns über die Auswirkungen dieses Flüchtlingsproblems auf ihre Bistümer zu berichten wußten.“

Ein Jahr später antwortet Papst Pius XII. auf einen Brief des deutschen Episkopates: „...Besondere Berücksichtigung werden immer die Ostvertriebenen verdienen, die aus ihrer Heimat im Osten zwangsweise und unter entschuldigungsloser Enteignung ausgewiesen und in die deutschen Zonengebiete übergeführt wurden. Wenn wir auf sie zu sprechen kommen, so beschäftigt uns hier nicht so sehr der rechtliche, wirtschaftliche und politische Gesichtspunkt jenes in der Vergangenheit Europas beispiellosen Vorgehens. Über die genannten Gesichtspunkte wird die Geschichte urteilen. Wir glauben zu wissen, was sich während der Kriegsjahre in den weiten Räumen von der Weichsel bis zur Wolga abgespielt hat. War es jedoch erlaubt, im Gegenschlag 12 Millionen Menschen von Haus und Hof zu vertreiben und der Verleumdung preiszugeben? Sind die Opfer jenes Gegenschlages nicht in der ganz überwiegenden Mehrzahl Menschen, die an den angedeuteten Ereignissen und Untaten unbeteteiligt, die ohne Einfluß auf sie gewesen waren? Und war jene Maßnahme politisch vernünftig und wirtschaftlich verantwortbar, wenn man an die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes und darüber hinaus an den gesicherten Wohlstand von ganz Europa denkt? Ist es wirklichkeitsfremd, wenn wir wünschen und hoffen, es möchten alle Beteiligten zu ruhiger Einsicht kommen und das Geschehene rückgängig machen, soweit es sich noch rückgängig machen läßt?“

Der Papst erinnert in diesem Brief auch daran, daß er 1926 auf dem Katholikentag in Breslau war und das deutsche Schlesien kennenlernte: „Nur mit Wehmut können wir heute jener Tage gedenken, angesichts des furchtbaren Verhängnisses, das inzwischen über die ostdeutsche Bevölkerung hereingebrochen ist.“ Immer wieder erklärt Pius XII. seine Solidarität: „Die katholischen Ostvertriebenen sollen wissen, daß die Bande, die sie heute mit dem Oberhaupt der Kirche zusammenschließen, noch enger sind als jene, die sie damals mit dessen Vertreter verbunden. Wir erwarten Unsererseits von ihnen, daß sie sich von der zermalmenden Wucht ihrer Not nicht irremachen lassen an dem Glauben, den ihre Väter und Mütter, ihre Seelsorger und Bischöfe in ihre Kinderherzen gesenkt haben. Mag der Taufstein ihrer Pfarrkirche zerstört oder ihrem Blick nicht mehr zugänglich sein: das Taufgelübde von einst folgt ihnen in die Verbannung und heischt Erfüllung. Deshalb hat es uns auch mit Freude erfüllt, zu hören, daß von denen unter ihnen, die in härteste Diaspora, in glaubensfremde und glaubensarme Umgebung verschlagen wurden, nicht wenige nach ihrer Art und heutigen Verhältnissen entsprechend das Wort des Frommen Tobias an seinen Volks- und Glaubensgenossen wahrnahmen: „Deshalb hat er (Gott) euch unter die Heiden zerstreut, damit ihr seine Wunderwerke verkündet und sie zur Erkenntnis führt, daß es

keinen anderen allmächtigen Gott außer ihm gibt“ (Tob. 13,9). Wenn sie heute unter Tränen säen, möge aus ihrer Saat hundertfältige Frucht für das Reich Gottes auf deutschem Boden aufsprießen. Die Unterbringung von 12 Millionen Menschen auf einem von Krieg und Niederlagen schwer getroffenen und durch die Abtretung weiter Gebiete verengten Boden hat Leiden, Notstände und Schwierigkeiten geschaffen, die zu meistern bis jetzt die Möglichkeiten fehlen. Dann mögen die katholischen Ostvertriebenen aber begreifen, daß auch der Aufbau des kirchlichen Lebens und der Seelsorge unter ihnen Zeit und Geduld braucht. Umso mehr erhoffen wir, daß die anderen, denen die Bitternis der Heimatlosigkeit erspart geblieben ist, den Zugewanderten hilfsbereit entgegenkommen, auch wenn von ihrem Eigennutz harte Opfer verlangt werden.“

Viele ältere Heimatvertriebene kennen noch sein Gebet für die Heimatsuchenden und ebenso seine Solidaritätsadresse an die Heimatvertriebenen, die seit 1946 auf vielen Gebetszetteln verbreitet war, oft im Faksimile der Handschrift des Papstes. Pius XII. hat aber auch gehandelt, indem die päpstlichen Hilfswerke versuchten, die Folgen des Krieges und der Vertreibung zu mildern. Auf seine Initiative hin erfolgte die Einrichtung der vaticanischen Forschungsstelle für Kriegsgefangene und wurden konkrete Hilfsaktionen für die hungernden Vertriebenen ins Leben gerufen. Der Papst sandte in Person des nordamerikanischen Bischofs bayerisch-sudetendeutscher Herkunft Alois Münch seinen Vertreter ins zerstörte Deutschland. Er nahm als Päpstlicher Visitator in Kronberg im Taunus seinen Sitz, wo er bald mit dem sudetendeutschen Prälaten Prof. Adolf Kindermann im benachbarten Königstein zusammenarbeitete. 1949 wurde er Verweser der Nuntiatur und 1951, als Deutschland wieder eine eigene Außenpolitik führen durfte, erster Apostolischer Nuntius in Bonn. Auch dieser spätere Kardinal Münch hat die Vertreibung stets als Unrecht angeprangert; so schrieb er von Kronberg aus seinen Gläubigen in den USA: „In der ganzen Geschichte gibt es nichts, was sich mit diesen grausamen Massenverschiebungen vergleichen ließe“. Mit Recht erklärte ein amerikanischer Korrespondent, der selbst Augenzeuge dieser Menschheitstragödie war, es sei dies die „unmenschlichste Entscheidung“, die je von Staatsmännern getroffen worden sei. „Ob nicht die spätere Geschichte unserem Zeitalter den Anspruch auf Kultur absprechen wird? ...“ Bischof Münch rüttelte auch die amerikanischen Bischöfe auf, die in einem gemeinsamen Brief im November 1946 feststellten: „In Europa ist etwas geschehen, was die Geschichte noch nicht kannte. Auf Grund eines Abkommens zwischen den Siegerstaaten wurden Millionen von Deutschen, Menschen, die seit Jahrhunderten in Osteuropa ansäßig waren, von ihrer Heimatscholle vertrieben und mittellos ins Herz Deutschlands getrieben. Die Leiden dieser Menschen auf ihren harten Wanderungen, ihre Heimatlosigkeit und Hoffnungslosigkeit, erzählen uns eine traurige Geschichte von der Unmenschlichkeit solcher Vertreibung... Das ist nicht der Weg, auf dem man Frieden schafft und die Völker zur Einheit und Zusammenarbeit führt.“ Vergessen wir auch nicht, was der Papst nach dem Krieg tat, um die durch die Vertreibung geschaffenen Tatsachen des Unrechts NICHT festzuschreiben. Deutlich zeigt sich das beim Schicksal der vertriebenen Priester und Theologen aus dem Osten., die in den Augen des Papstes weiterhin zu ihren Heimatdiözesen gehörten. Noch 1955 erfolgte eine Erklärung aus Rom, daß die aus ihrer alten Heimat vertriebenen Kinder und Jugendlichen, die nun in Deutschland Priester werden wollten, die Möglichkeit hatten, sich zwar für eine deutsche Diözese zu entscheiden, die Priesterweihe durch den Bischof aber sub conditione erfolgen könne, also unter der Bedingung, daß diese Priester bei einer Rückkehr in die alte Heimat zu den Diözesen gehören sollten, aus denen sie stammten. Gerade nach der Wende des Jahres 1989 und der Tatsache, daß über die Vertreibung der sudetendeutschen Volksgruppe noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

